

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljahr 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 26. September 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die sächsischen Landtagswahlen.

Man schreibt uns aus Sachsen:

Ein so unerfreuliches Bild hat wohl noch keine socialdemokratische Aktion in Sachsen ergeben, wie das Verhalten der Partei zu den diesjährigen Landtagswahlen.

Diese Disziplinlosigkeit reizt andere Genossen, die in anderen Kreisen mit ihrer Ansicht in der Minderheit blieben, zur gleichen Anfechtung und die Unthätigkeit dieser Genossen bei den Landtagswahlen ist die Folge davon.

Dazu kommt ferner, daß zum Gaudium unserer Gegner eine zweifache Agitation betrieben wird, die sie zu ihren Gunsten auszunutzen suchen, indem sie die Abstinenzler gegen die Wahlbeteiligten auspielen.

Und unsere Presse? Auch sie leidet darunter; mehr noch, auch in ihr ist die Vernachlässigung der Parteipflicht zu finden.

Kann es Wunder nehmen, wenn unter solchen Umständen die Genossen mehrerer Reichstags-Wahlkreise fordern, der Gesamtparteitag solle hierin Wandel schaffen und die „Disziplinlosen“ zur Reife bringen?

Trotz dieser Mängel entwickeln die Genossen, die zur Ausführung des Landesversammlungs-Beschlusses schreiten, eine anerkanntermaßen thätige und agitative in einer Reihe von Wahlkreisen lebhaft für die Beteiligung.

Für den östlichen Teil von Sachsen ist die Reichstags-Wahl im Primar Kreise eine günstige Wirkung für die Landtagswahl-Agitation aus.)

Außerdem bieten sich noch mancherlei Vorteile für unsere Agitation. Die Demoralisation der Reaktionsäre zeigt sich unter dem Dreiklassen-Wahlsystem in erschreckenderem Maße als früher.

Das zeigt die Wahlrechtsänderung in ihrer ganzen Niedrigkeit. Und das kann unsererseits außerordentlich vorteilhaft ausgenutzt werden.

Dann bleibt uns noch der Hinweis auf die fruchtlose Thätigkeit der Dreiklassenmänner im Landtage. Seit Jahren schwebt die Frage über die Schaffung eines Verwaltungs-Gerichtshofes, aber die Kartellbrüder konnten sich über den vorgelegten Gesetzentwurf noch nicht entscheiden, weil sie in ihrer vorangehenden Blind-

heit diese Institution zu sehr verkümmern möchten, darüber sich aber nicht einig werden können. In Steuerfragen wirtschaften sie nur mit Rücksicht auf ihrenbeutel, brachten deshalb die geplante Steuerreform zu Falle, nach der eine Vermögenssteuer eingeführt und die Erbschaftsteuer ertragreicher gemacht werden sollte.

Dagegen bewilligten sie ein Geschenk von drei Millionen an den König, anlässlich seines 25jährigen Jubiläums, wie sie stets bereit waren, die Prinzen-Apanagen zu erhöhen, überhaupt nach oben hin mit vollen Händen anzusteilen.

Wie sie das Vereinsgesetz, dieses „Juwel“, trotz der Verletzung des längst überlebten Verbindungsverbotes für politische Vereine noch verschlechterten und damit die arbeitenden Klassen noch rechtloser machten — denn das Verbot für Rinderjährige, an Versammlungen teilzunehmen zu dürfen, ist gegen die Arbeiter resp. Socialdemokraten gerichtet — das ist noch frisch im Gedächtnis und darf besonders bei den Wahlen nicht unberücksichtigt gelassen werden.

Kurz, es giebt Stoff zur Agitation die schwere Menge. Und sind jetzt noch keine Mandate unter dem Dreiklassenwahl-System zu erringen, so mühte es doch sonderbar zuzusehen, wenn bei ununterbrochener systematischer Wahlarbeit nicht doch später wieder Mandate erringen werden könnten.

Maner größer wird die Zahl der socialdemokratischen Wähler und der Zulauf kommt nicht nur aus Arbeiterkreisen. Wir hoffen, die Zeit ist nicht so fern, wo die Socialdemokratie Sachsen bei Reichstagswahlen 400 000 Stimmen statt der 300 000 bei den letzten Wahlen erhalten wird.

Doch man mag über diese Aussicht denken, wie man will, die Hauptsache bleibt, daß die dritte Wählerklasse, welche die Masse der Arbeiter und Unbemittelten umfaßt, durch die Abgabe der Stimmen ihren Protest gegen die schmachliche Wahlrechtsetzung und allgemein gegen die sächsische Reaktionspolitik zum Ausdruck bringt.

Erbaut sind die Wahlrechtsänderer wahrlich nicht davon, daß wir uns trotz des Dreiklassen-Wahlsystems an der Wahl beteiligen. Sie wissen, was bei unserer Agitation für sie auf dem Spiele steht.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 25. September.
Kollege Jedlick.

Einer der unfähigsten Journalisten der deutschen Presse ist der Freiherr v. Jedlick-Neulirch, dem die „Post“ den Ruf ihrer Rinderwertigkeit vorzugsweise verdankt.

Herr v. Jedlick nun, der auch die Miquel'sche Finanzpolitik publizistisch vertritt, war der eifrigste journalistische Vorkämpfer der Kanalfeinde, ohne daß ihn bisher das Schicksal betroffen hätte.

Liberalen Blätter hatten auf das Ausnahmemaß des Freiherrn v. Jedlick aufmerksam gemacht und in seiner Sonnabendnummer hatte das auch geschäftlich zu den sonderbarsten Mitteln greifende Blatt einen entsetzlichen Schimpfartikel gebracht.

Kern und Inhalt der Artikel bleiben sich immer gleich, nur die Form wird etwas umgemodelt, auch wohl die Reihenfolge der demagogischen Persönlichkeiten gewechselt.

beteiligen sich hauptsächlich an dem verurteilenswerten Gebahren. Unter den christlichen Blättern macht allein die „Königliche Zeitung“ eine wenig rühmliche Ausnahme.

Alle diese und noch viel mehr böse Worte werden zu dem einzigen Zwecke angewandt, um Freiherrn v. Jedlick, den Hauptmitarbeiter der „Post“ neben dem Rorbmacher Fischer, Schanderlein und Küster von dem Verdachte zu reinigen, daß er die kanalfeindlichen Artikel der „Post“ geschrieben hat.

Die dummdreiste Frage des liberalen Blattes würde an sich zu keiner Antwort veranlassen können. Im Hinblick aber auf die immer weiter um sich greifende Unsitte, hinter Artikeln der Presse vermittelte Personen ohne weiteres als Autor anzunehmen und persönlich anzugreifen, statt sich sachlich mit dem Inhalt des Artikels abzufinden, — im Hinblick auf diese Unsitte glauben wir, endlich einmal gegen die Legendenbildung, welche an die „Post“ knüpft, auftreten zu müssen.

Wie man sieht, wagt die „Post“ nicht zu leugnen, daß kanalfeindliche Artikel von Herrn v. Jedlick herrühren, sie sucht die Frage nur zu umgehen. Falsch aber ist, wenn die „Post“ behauptet, Herr v. Jedlick habe dem Blatt als Mitarbeiter angehört.

Herr v. Jedlick hat für die „Post“ geschrieben:
Mai 1899 18 Leitartikel a 25.— M.
1899 28 Entreflets a 12,50
Juni 1899 13 Leitartikel a 25.—
1899 35 Entreflets a 12,50
Juli 1899 4 Leitartikel a 25.—
1899 9 Entreflets a 12,50
August 1899 12 Leitartikel a 25.—
1899 18 Entreflets a 12,50

Im ganzen hat Herr v. Jedlick, der als Präsident der Seehandlung 15 000 M. und freie Dienstwohnung bezieht, von der „Post“ an Honoraren erhalten:
1897... 10 590 M.
1898... 8 650

Und in den vier Monaten Mai-August 1899 hat er trotz der Ferienzeit 2300 Mark als Mitarbeiter der „Post“ bezogen.

Aber diese Zahlen sind nicht nur an sich interessant, weil sie zeigen, daß selbst talentlose Verfasserschleichen bisweilen einträglich ist, sondern sie haben auch eine politische Bedeutung.

Wir haben natürlich nichts dagegen, wenn Herr v. Jedlick neben seiner amtlichen und parlamentarischen Thätigkeit so viel Zeit für die Journalistikerei und so viel Opposition gegen die Regierung übrig hat.

Kern und Inhalt der Artikel bleiben sich immer gleich, nur die Form wird etwas umgemodelt, auch wohl die Reihenfolge der demagogischen Persönlichkeiten gewechselt.

Handwritten notes and numbers: 47, 25, 90, 13, 1350

Frankreich.

Paris, 25. September. Kriegsminister Galliffet verbietet in einem Rundschreiben den nach Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Italien reisenden Offizieren, ohne die Erlaubnis der Behörden den dortigen Mäandern beizuwohnen oder das Gelände von Truppenübungen zu betreten.

England.

Herr Chamberlain scheint in Schwülzitäten zu sein. Die wachsende Opposition gegen seine Transvaalpolitik wird ihm unbehagen. Vorgestern — am Sonntag — fand auf dem klassischen Trafalgar-Quadrat eine Protestversammlung gegen die Jingo-Politik statt. Wie Telegramme uns melden, ist diese Versammlung von dem Jubel, der in England stets sehr „patriotisch“ ist, gesprengt worden.

Afrika.

Aus Kairo meldet der „Daily Telegraph“ vom Sonntag, daß Vorbereitungen zu einer sofortigen Expedition gegen den Kaffern getroffen werden. Der Sirdar und eine Anzahl von Offizieren sind nach Omdurman abgegangen, woselbst die Einzelheiten bezüglich der Expedition geordnet werden sollen.

Lieber bei den Seinen.

Herr Lieber, der nicht mehr nach China reisen will, hat auf der heftigsten Katholikerversammlung in Mainz eine Rede über die politische Lage gehalten. Er sprach u. a. von dem Herkules der Staatsgewalt, des Liberalismus und des Socialismus — eine Schmeichelei, die sowohl denen um Hohenlohe wie den liberalen Mäandern außerordentlich gefallen wird; auch ein Drittel Herkules ist für diese beiden Ohnmächtlinge ein wahrhaft scheinlich übertriebendes Kompliment.

Zur Belebung der Stimmung benutzte er Kulturkampf-Erinnerungen:

Je härter die Schläge kamen, um so fester wurde das Eisen unter dem Hammer. Und die Schläge thaten uns nicht, trotzdem die Schläger eine wahre Wollust dabei empfanden, und zu peinigen. (Whitrose.) Wir denken mit Entsetzen daran zurück, wie man unsere Bischöfe, unsere Ordensleute, unsere Priester behandelt hat. Weßhalb ist daran erinnere? Nicht um etwa die Enttäuschung zu wecken, die uns Alle beherzichte, als man unsere Seelenhirten und Stellvertreter der Apostel fortjagte. Das sei ferne; ich erinnere daran, damit Sie es nie vergessen, Sie, die Jungen, was wir Alten nie vergessen können. Ich erinnere daran, damit Sie eingedenk bleiben jenes Wortes: Was einmal war, kann wieder sein. (Stimmlicher Beifall.) ... Ehe der Todesengel ihn mit seinen Pflügen gestreift hatte, ist der Mann, der uneingeschränkt das politische Leben in Deutschland beherrschte, vom Schauplatz abgetreten. Er ist es aber nicht, ohne vorher selbst die erste Hand zum Abbruch seines Gebäudes anzulegen, das er mit solchem Fanatismus — so müssen wir bemähe sagen — ausgerichtet hat.

Mit der heutigen politischen Lage des Centrums ist Lieber nicht unzufrieden. Mit Hohenlohe-Herkules ist er sogar sehr zufrieden:

Deute stehen andere Männer an der Spitze der deutschen Reichsregierung, Männer ganz anderer Natur, Männer von ganz anderer Vergangenheit und der oberste unter ihnen ein Mann, der kein Bedenken getragen hat, bei der Uebernahme der Nachfolge des Reichsregierers unseren ersten Kanzler im offenen Reichstage seiner Kulturkämpferischen Vergangenheit Lebewohl zu sagen. Aber auch in anderer Richtung ist ein großer Wandel eingetreten. Das bis dahin politisch zur Ohnmacht verurteilte Centrum, daselbe Centrum, das entweder nur im Kartell wirksam sein, sonst aber schlechterdings nur die geborene Minderheit darstellen konnte, war dank der Ausdauer des katholischen Volkes zur ausschlaggebenden Partei in der ersten gesetzgebenden Versammlung des Deutschen Reiches geworden und dieser Wandlung der Dinge, die seitdem angefallen hat, und, wenn wir richtig verfahren, auch fernerhin anhalten wird (Beifall), dieser Wandlung hat der alte und unerschütterbare, aber doch Sägere und Zähere — als viele meinen — Fürst Hohenlohe bei seinem Amtsantritt sich angepaßt und mit ihm die Regierung des Deutschen Reiches und mit ihm der Bundesrat. Und so ist — haben wir auch sonst noch viele Beschwerden — doch die Gesamttemperatur völlig verändert und um viele Grade Celsius wärmer geworden. (Heiterkeit.)

Lieber schildert den alten Hohenlohe als gewissermaßen als einen Canova-Bäher, der seine kulturkämpferische liberale Vergangenheit abgeschworen und nun seinen Ehrgeiz darin beihätigt, vor dem Triumphwagen des Centrums zu treten.

Dah dieses gepriesene Ministerium Hohenlohe auch das Ministerium der Justiz ausvorlag ist, scheint den Vorträge des Centrums nicht zu genieren. Seine Stellung zur Justizvorlage darf unter diesen Umständen nicht verwundern. Denn Herr Lieber hat — die Wichtigkeit des Verdictes vorausgesetzt — unter dem heuchlerischen Vorgeben, seinen früheren Erklärungen treu bleiben zu wollen, den Umfall ungewöhnlich angeklagt:

Wir stehen heute auf demselben Standpunkte, den ich im Namen der Fraktion bei der ersten Lesung darzulegen die Ehre hatte. Wir werden dieselben Verhaltungsmaßregeln innehalten und sind bereits an der Arbeit, positive Vorschläge zum Schutze der Arbeitswilligen geistlich zu finden, ohne die der Mißbrauch des Koalitionsrechtes nicht getroffen werden kann.

Der Lindigt also Herr Lieber nicht die Ablehnung, sondern die „Verbesserung“ der Justizvorlage an. Das ist mit nichten der alte Standpunkt, sondern ein anderer. Denn bei der ersten Lesung hatte Lieber als Vorbedingung die völlige Koalitionsfreiheit gefordert. Damals erklärte Lieber wörtlich:

Wir fordern als unerlässlich, wenn unsere Zustimmung verlangt werden will: auf dem Boden des gemeinen Rechtes gemeine Koalitionsfreiheit für alle, die dem deutschen Reichrechte unterstehen, gemeine Koalitionsfreiheit für alle Zwecke, zu denen sich deutsche Reichsbürger vereinigen wollen. Und wir verlangen diese Koalitionsfreiheit außerdem nicht nur für den Einzelnen, in Bezug auf sein Recht, sich zu koalieren mit anderen Individuen, sondern wir verlangen sie auch für die Koalitionen untereinander.

In dieser Erklärung lag auch die Forderung des Koalitionsrechtes für die Landarbeiter, und da die Regierung niemals diese Forderung erfüllen wird, so lag darin die absolute Verwerfung der Justizvorlage. Jetzt spricht Herr Lieber nicht mehr von dieser zu erfüllenden und nicht erfüllbaren Vorbedingung, sondern er Lindigt — wie ein Nationalliberaler oder Freikonservativer — Bestimmungen gegen den Mißbrauch der noch gar nicht vorhandenen Koalitionsfreiheit an. Der große Thee- und Anbändler hat die Furcht nach Aegypten nicht für nötig gehalten, um seine feierlich abgegebene Erklärung zu verraten.

Und diesen Preis der politischen Ehre bezahlt der Mann, um dem Centrum die Rolle der regierenden Partei zu bewahren. O, Herr Lieber, der selbstgefällige Schmalzredner, hält sich für die ausschlaggebende Person im heiligen, immer noch römischen Reich deutscher Nation. Darum ist er nicht nach China gereist, ja es scheint fast, als habe er selbst die Ente aufstiegen lassen, um seine Rivalen im Centrum (die Bahren u. a.) herauszuloden:

Ich streite nicht ab, daß ich ganz gern einmal nach Ostasien reisen möchte, — aber daß ich die Reise jetzt mache, nachdem ich gründlich genug in die Spannung der politischen Lage hineingeleitet habe, ist wohl niemandem ernstlich in den Sinn gekommen. Ich könnte vor Mitte Januar nächsten Jahres nicht zurücksein, und bis dahin kann vielleicht mancher Topf zerbrechen sein. Ich halte es lieber mit den Worten unseres alten Windthorst: Man muß auf der Lokomotive sein und die Hebel lassen können, sonst wird man überfahren. Also ich bleibe vorläufig lieber noch in Europa.

Lieber, der unentbehrliche Kothhäufchen! Es ist begreiflich, daß ein solcher „Diplomat“ nur Kredit hat, so lange er die Macht hat. Aber selbst im Centrum begegnet man ihm mit Mißtrauen. Der marxistisch-militaristische Abfall von der alten Centrumpolitik hat vielfach verstümmelt. Darum verlangt Herr Lieber Abfall für seine Sünden. Man sollte nicht immer fragen, was Windthorst thun würde, sondern wie würde er unter den gegenwärtigen Verhältnissen gehandelt haben:

Sollen wir zu einer Zeit, wo alles in der Umwälzung begriffen ist, stehen bleiben? Es ist ja unmöglich für eine politische Partei, vornehmlich für eine führende, maßgebende Partei, in jedem Augenblick den Freunden die Karten offen auf den Tisch zu legen. Das Spiel wäre ja verloren, weil auch der Gegner dann die Karten kennt. Die Lage im allgemeinen wird — so scheint es — bedrohlicher für uns. Ich kann nicht alles sagen, was ich weiß, ich kann aber wohl sagen, daß es einen sehr einflussreichen Herrn im preussischen Staatsministerium giebt, der nichts feblischer wünscht, als das Centrum aus seiner ausschlaggebenden Stellung zu verdrängen, und der nichts mehr erhofft, als in der bevorstehenden Sitzung des vertagten Reichstages gelegentlich der Justizvorlage, der Militär-Vorlage und was sonst noch, an der maßgebendsten Stelle des Reiches den Eindruck zu erwecken: Zwar haben wir Konservativen mit unmaßnahmlicher Kühnheit Dir keinen Kanakal verdorben, aber doch sind wir, wenn es darauf ankommt, die einzig sicheren Stützen von Thron und Altar! Ich denke, ich habe mich deutlich genug ausgedrückt; der Herr wird mich verstehen, von dem ich rede.

Das spreizt sich wie ein Staatsmann von allgewaltigem Genie und ist doch nur ein armseliger Klotzfuß der Schläche und Anstie, der in seiner Eitelkeit seine großartigen Pläne vorher ankündigt! Wir glauben, daß Herr Wiquel, gegen den Lieber in den obigen Sätzen den Fürsten Hohenlohe auspielt, dem kleinen Centrumsdiplomaten schließlich doch noch überlegen ist.

Unter allen Umständen hat Lieber nun offen erklärt, daß er für die Justizvorlage und neuer Militärforderungen eintreten will, um „auszuschlaggebend“ zu bleiben.

Die erbitterten Feinde, die Liberalen und die Centralisten im Wettlauf um die regierende Gunst — ein widriges Bild politischer Verwahrlosung.

Es gehört nur zum Ganzen, daß Herr Lieber wild auf die Socialdemokratie schimpfte.

Der Kampf gegen die übrigen Parteien ist vollständig in den Hintergrund getreten durch den immer schärfer werdenden Kampf gegen den Todfeind des Centrums, die Socialdemokratie. Geben wir uns doch darüber keiner Täuschung hin, daß der letzte Entscheidungskampf geschlagen werden muß zwischen uns und ihnen. Dagegen werde man mit den National-Liberalen besser stehen. Bei der bevorstehenden Landtagswahl in benachbarten Kastel-Kostheim haben die Socialdemokraten sich nicht scheut, während des Hochmistes Flugblätter in der Kirche zu verteilen. Er hoffe, daß kein Katholik aus der heutigen Versammlung gehe ohne den festen Voratz: Den Kerlen wollen wir zeigen, wo Bartel den Post hole!

Herr Lieber wünscht eben an der maßgebendsten Stelle den süßen Eindruck vergessen zu machen, den das Wahlbündnis des bayerischen Centrums mit den „Todfeinden“ und „Kerlen“ hervorgerufen hat.

Verjüngung.

Die „Leipziger Volkszeitung“ hatte in ihrer Erklärung, die wir in Nr. 222 wiedergaben, ihre letzte Vergangenheit vergessen. Auf unsere Frage, ob wir ihre Erinnerung aufreischen sollten, sagt sie nun:

Der „Vorwärts“ hat auf unsere Abfertigung seiner Spähschen keine andere Antwort als die Berufung auf das Dresdener Parteitagsgeschehen von der „Revision der Begriffe“, das doch wirklich nun schon beinahe zu Lode gekehrt worden ist. Wir halten auch heute noch daran fest, daß in der That revolutionäre Politik nicht in geschwollenen Krisisphrasen bestehen darf, und daß wir uns nicht durch pseudoradikale Einwürfe betören lassen dürfen, da die von uns vertretene alte bewährte proletarisch-revolutionäre Taktik unserer Partei durch Thaten ihre Erfolge erreicht und nicht durch Redensarten.

Wenn es im übrigen dem „Vorwärts“ gar so leicht ist, die „absolute Nichtigkeit“ seiner Behauptungen „allmählich zu erweisen“, so mag er nur aufs neue seine Fertigkeit im Citieren an den Tag legen.

Die „Leipziger Volkszeitung“ lehrt also zur alt bewährten proletarisch-revolutionären Taktik zurück. Wobei ist es mit der „Revision der Begriffe“. Und welche große Zukunft schien doch vor wenigen Jahren aus diesen nun „beinahe zu Lode gekehrten“ Worten zu erblicken! Wir blättern im Protokoll des Dresdener Parteitages und lesen da (S. 162) in einer Rede des leitenden Redacteurs der „Leipziger Volkszeitung“:

Die Revision unserer Vorstellungen geht mausfallsam weiter und der verbissene Fanatismus der Parteidogmatiker in der Partei fängt bereits an zu bröckeln.

Der Dogmenfanatismus ist viel schlimmer als der Eigentumsfanatismus der Verzelebanten.

Jener Teil der Partei, der von Neuerungen nichts wissen will, ist konservativ, der andere ist revolutionär. (Sehr wahr! Gelächter.)

Wir müssen also die bedauerliche Thatsache hinnehmen, daß die „Leipz. Volksz.“ seit dem Jahre 1895 dem revolutionären Keimungsgeifer enthaft und zur konservativen Parteigestaltung zurückgekehrt ist. Da aber die „Leipz. Volksz.“ von ihren neueren Ueberzeugungen so heftig ergriffen ward, daß sie von den früheren schon gar nichts mehr im Gedächtnis behielt und uns, da wir sie leise an die Vergangenheit mahnten, Unrichtigkeit und Unterstellung zumutete, so müssen wir wohl oder übel ein wenig in unsere Verjüngungs-Mappe greifen.

Die „Leipziger Volkszeitung“ sagte: „Der „Vorwärts“ behauptet, daß die „Leipziger Volkszeitung“ die „Verelendungstheorie verlehnet“ habe. Unser geehrtes Brudersblatt meint nämlich eine Stelle in dem vielörterten Artikel: Ein holländisches Döhl, der einfach das feststellte, was bei Marx schon längst zu lesen ist, daß es sich bei der Verelendungstheorie um etwas Relatives handelt, daß zwar die Lage der Arbeiter dank ihrer Bewegung, dank dem Arbeiterthum und der ganzen Entwicklung, sich hebt, aber trotzdem der Unterschied zwischen der Klassenlage der Proletarier und der der Bourgeoisie immer größer wird.“

Jedoch in der Nummer der „V.“ vom 10. April 1897 finden wir bei aufmerksamstem Lesen nichts vom „relativen“ Glend. Es heißt dort sehr klar und unabweisend:

„Deutschland wäre nicht der mit England wetteifernde Industrieland auf hoher Stufenleiter, wenn die holländischen Zustände bei uns die Regel bildeten. Eine großvererbliche Volkswirtschaft, die sich so normal und kapitalistisch entwickelt wie gerade die deutsche, bedingt ein höheres Existenzminimum der arbeitenden Klasse. Die lange durch unsere Partei gelaufene, auch im ersten Teile des Erfurter Programms noch aufbewahrte Ansicht von der sich stetig verschärfenden Verelendung ist nicht mehr zu halten.“

Hervor, das Gedächtnis unserer Leipziger Kollegin ist bedauerlicher Schwäche verfallen. Was sie vor erst 2 1/2 Jahren schrieb und

was, wie sie selbst rühmt, viel erörtert wurde, ist ihr völlig entfallen!

Die „V.“ fährt fort:

„Der „Vorwärts“ zeugt uns ferner des „Verbrechens der Volkswirtschaft“, obgleich die „Leipz. Volksz.“ in der Zeit der Agrardebatten stets den von Weibel und Liebnicht vertretenen Standpunkt in dieser Frage eingenommen und gerade dem schärfsten und rücksichtslosesten Kritiker der ganzen Agrarforderungen, Parvus, in einer großen Reihe von Artikeln ausgiebige Gelegenheit zur Aussprache verschafft hat.“

Aber die Resolution, mit der auf dem Parteitag in Frankfurt am Main 1894 die Agrardebatten in der Partei eingeleitet wurden, trägt als Unterschrift engzusammengeschlossen die beiden Namen: Schoenlant, Volkmar. In jener Resolution heißt es u. a.: „Der Bauerneigenschaft soll den Bauer als Steuerzahler, als Schuldner, als Landwirt vor Nachteilen bewahren und ihnen den rationellen und gewinnhaftigen Betrieb durch Staatshilfe erleichtern.“ Schoenlant verstand dabei unter Bauernschaft keineswegs nur den Schutz der Kleinbauern. Er warf die Frage auf: „Wie waden wir nun die Großbauern? Am Geldbeutel. Wir weisen sie hin auf die Steuern und den Militarismus.“ Er meinte damals auch — gar nicht „altbewährt revolutionär“ —: „Die Medizin des Socialismus muß der Landbevölkerung in homöopathischen Dosen beigebracht werden, sonst bringt sie den Bauern um.“ Und am 29. Oktober 1895 meinte Genosse Schoenlant (nach dem Bericht der „Leipz. Volksz.“):

„Das Interesse der Landeskultur richtig verstanden ist ein hohes Interesse der Menschheitskultur. Es ist zwar ein schweres Opfer für die Industrie-Arbeiter, ihre Ideen umzuwälzen, aber es muß geschehen.“

Wenn die „Leipz. Volksz.“ sich darauf beruft, daß sie Artikel von Parvus über die Agrarfrage gebracht habe, so weiß sie aber auch, daß sie sich dessen nicht immer gerühmt hat, daß sie vielmehr wegen dieser Artikel die Beziehungen mit dem genannten Parteigenossen abbrach und ihn bald darauf mit Liebligkeiten traktierte, wie: „Er schmirt, wie man Stiefel schmirt.“ Daß nur nicht die revolutionäre Verbindung mit Genossin Lugenburg bald einmal ein ähnliches Ende findet! In Personenfragen ist in Leipzig das Gedächtnis offenbar nicht länger als in sachlichen Fragen.

Schließlich nennt es die „Leipziger Volkszeitung“ eine „Lähne Unterstellung“, daß wir ihr glühende Begeisterungsartikel für bürgerliche Socialreformer nachgesetzt hätten. In der „Leipziger Volkszeitung“ vom 16. November 1895 findet sich an hervorragender Stelle die Besprechung einiger Artikel des Professor Herkner in der „Jugend“; da ist zu lesen:

„Jedenfalls ist die Herknersche Betrachtung der Agrardebatten wohl zu beachten. Die Annahme der Resolution Kautskys nennt er einen Verruch, der die schließliche Niederlage des revolutionären Doktrinarismus nicht aufhalten könne. Die wirklich großen Theoretiker und Autoritäten der Partei, Marx und Engels, sind dahin. Eine neue Zeit stellt neue Aufgaben, zu deren Bewältigung es einer fruchtbareren weiteren Entwicklung der von Marx und Engels gegebenen und sicherlich überaus wertvollen Anregungen bedarf.“

Also der bürgerliche Gelehrte Herkner als Wegweiser für die Entwicklung der socialistischen Lehre über Marx und Engels hinaus!

Genoss Herkner erküht Professor Sombart überauswundersames Lob schenken der „Leipziger Volkszeitung“. Es ist derselbe Professor Sombart, den die „Leipz. Volksz.“ am 27. Mai 1890, als das proletarisch-revolutionäre Weien in ihr stark geworden war, als „Socialistengal“ beschaltete. Ganz anders klang es noch am 4. Dezember 1896, wo Herr Sombart derselbe war, der er heut ist. Damals wurde seiner Schrift „Socialismus und sociale Bewegung im 19. Jahrhundert“ ein Leitartikel gewidmet, dem man nicht anmerkt, daß es einem politischen Gegner, einem Socialistengal, einem Manne galt, der etwa den National-Socialisten zuzurechnen ist. Damals war Herr Sombart ein Gelehrter, der „mit tiefgründiger Sachkunde unbestechliche Objektivität verknüpft“, seine Schrift zeigte „vornehme Klarheit, Energie des Gedankens, feine Schärfe der Darstellung“ und so reißt sich spaltenlang Lobspruch an Lobspruch. Zum Schluß des Artikels finden wir nichts davon, daß die Schrift Sombarts, obwohl sie die Bekämpfung des Klassenkampfes verlangte und das Nationale betont wissen wollte usw., etwas geeignet sei, Verwirrung bei den socialdemokratischen Lesern hervorzurufen, sondern sie wird unseren Genossen „als Lesebuch aufs Beste empfohlen.“ Verstein führt in die Verjüngung, aber Sombart „unterwirft“

„Noch eine kleine Reminiscenz. Die bayerischen Parteigenossen haben sich nach der „Leipziger Volkszeitung“ durch das Wahlbündnis mit dem Centrum eines prinzipiellen Verstoßes gegen die offizielle Parteitaktik schuldig gemacht. Gegen sie den Bannspruch zu scheitern, wäre nach Genossin Lugenburg in der „Leipziger Volkszeitung“ eine Pflicht des „Vorwärts“ gewesen. Aber wie dachte dieselbe „Leipziger Volkszeitung“ im November 1895 über die bayerischen Genossen:

„Mit einem glänzenden Erfolge, den niemand bestreitet, haben unsere bayerischen Genossen, die die Eigenart der Verhältnisse von Grund aus kennen, die Sache der Socialdemokratie gefördert. Ihre Taktik hat sich bewährt, die Partei in Bayern ist damit einverstanden... Die Bayern haben eine praktische revolutionäre Politik getrieben, die einzig richtige und die einzig mögliche. Und auf einmal sollten sie Irwischnpolitik treiben?“

Warum wir die Erinnerung an all diese einseitigen Aussprüche des jetzt unentwegt gegen die Verjüngung streitenden Leipziger Partei-Organes erneuern? Wir geben die Citate nicht, um unser Leipziger Partei-Organ zu kränken oder jemanden zu ergötzen. Unser Beweggrund ist nur der, handgreiflich zu zeigen, wohin die Partei kommen würde, wenn sie den jetzt in der „Leipziger Volkszeitung“ dem „Vorwärts“ gemachten Zusatzen in der Behandlung der Differenzen innerhalb unserer Partei folgen würde. Dann hätte der „Leipziger Volkszeitung“ längst gesagt werden müssen: Wer so zahlreiche Verstoße gegen Programm und anerkannte Parteitaktik beging, wer so vielfach opportunistisch sündigte, was will der noch in unseren Reihen? Wer so viel auf seinem Kerbholz hat, dem sichts es seltsam an, Lugenburgische Schulmeisterien in die Partei zu senden.

Partei-Nachrichten.

Zum internationalen Socialistencongreß.

Der Verständigungsausschuß der französischen Socialisten, der die Vorarbeiten zu dem nächstes Jahr in Paris stattfindenden internationalen Socialistencongreß an sich genommen hat, hat soeben an die Arbeiterorganisationen aller Länder die Einladungen zum Congreß versendet. (Wir ersuchen dies aus der „Petite République“ — uns selbst ist die Einladung noch nicht zugegangen. Red. d. V.) Die provisorische Tagesordnung wurde dementsprechend wie folgt festgesetzt: 1. Ausführung der Beschlüsse des Congresses, Untersuchung und Anwendung der zur internationalen Verständigung, Organisation und Aktion der Arbeiter und Socialisten geeigneten Mittel. 2. Internationaler Arbeiterkongreß durch geistliche Bekämpfung des Arbeitstages. Diskussion über die Möglichkeit eines Minimallohnens in den verschiedenen Ländern. 3. Notwendige Bedingungen der Befreiung der Arbeit: a) Aktion des als Klassenpartei organisirten Proletariats; b) politische und ökonomische Expropriation der Bourgeoisie; c) Bergeschaffung der Produktionsmittel. 4. Internationaler Friede, Militarismus, Waffenschau der stehenden Heere. 5. Colonialpolitik. 6. Organisation der Seelente. 7. Der Kampf für das allgemeine Wahlrecht und die direkte Gesetzgebung durch das Volk. 8. Kommunal-socialismus. 9. Die Eroberung der politischen Macht und die Bündnisse mit bürgerlichen Parteien. 10. Der erste Mai. 11. Die Trunks. — Die Allensamen haben zu dieser Tagesordnung noch folgendes Amendement vorgeschlagen: „Macht die fortschreitende Konzentration des Kapitals die

aus der Konkurrenz entstehende, durch politische Mittel nicht zu be-
seitigende ökonomische Anarchie und die daraus entspringende fort-
währende Verschlechterung der Arbeiter nicht einen direkten Konflikt
zwischen Kapital und Arbeit unvermeidlich, der die Form eines
Generalstreiks annehmen wird? (Der Generalstreik ist gemeint, den die Mehrheit der Delegierten in Brüssel nicht offiziell auf
die Tagesordnung setzen wollte.) Das Datum des Kongresses wird
erst später festgelegt werden.

Agitationsmittel. Als ein wichtiges Agitationsmittel auf dem
Lande hat sich seit einigen Jahren in sehr vielen Gegenden Deutsch-
lands der *Kalender* herausgebildet, der teils unentgeltlich verteilt,
teils für wenige Pfennige verkauft wird. Bei der Schaffung dieses
neuen Agitationsmittels ist man von der Ansicht ausgegangen,
daß die gewöhnlichen Flugblätter, die meist nur politische Tages-
fragen wegen verteilt werden, nicht geeignet sind, die Land-
bevölkerung mit den sozialdemokratischen Ideen vertraut zu machen;
mit unseren Zeitungen bringen wir aus ganz natürlichen Ursachen
auch nicht in dem Maße aufs Land, wie es wünschenswert wäre.
Der Kalender ist geeignet, die Landbevölkerung in großen Zügen
sowohl mit unserer Stellung zu den Tagesfragen, wie auch all-
mählich mit der allgemeinen Auffassung der Sozialdemokratie von
der bestehenden Gesellschaftsordnung vertraut zu machen, sie all-
mählich mit dem sozialdemokratischen Gifte zu infizieren.

Der Kalender ist hierzu geeignet — das heißt, wenn sein Inhalt da-
nach ist. Vor uns liegt der badische Volkskalender für das Jahr 1900,
Preis 20 P., Verlag der badischen Sozialdemokratie. Es ist ein
ganz hübsch ausgestatteter Kalender und sein Inhalt ist nicht zu
tadeln. Er beginnt mit einem hübschen Gedicht zur Vorfeier,
bringt dann eine Uebersicht über die politischen Vorgänge
im In- und Auslande, Erinnerungen an 1849, eine ganz
hübsche Erzählung von Wachenhusen und sonst noch einige
allgemein belehrende Aufsätze. Der politische Inhalt ist gut demo-
kratisch — aber sozialdemokratisch ist er nicht. Er verneint
zwar freiestens die sozialdemokratischen Anschauungen, sie werden
vielmehr an mehreren Stellen berührt; aber was die Sozialdemo-
kraten wollen, das wird dem Leser darin nicht klar gemacht. Mit
einem Worte: der Inhalt des Kalenders ist nicht geeignet, solche,
die der Sozialdemokratie aus Unwissenheit noch gleichgültig oder
feindsüchtig gegenüberstehen, über das Wesen der Sozialdemokratie auf-
zuklären. Das scheint uns aber gerade die Hauptaufgabe dieses
Agitationsmittels zu sein. Von diesem Gesichtspunkte sollte man
bei Herstellung solcher Kalender immer ausgehen.

Der spanische Sozialistenkongress.

Madrid, 21. September. — Unter dem Vorsth des Ge-
nosse *Diego* fand vorgestern abend um 9 Uhr die 3. Sitzung
des spanischen Sozialistenkongresses statt. Es sprachen die Genossen
Iglesias, Merodio, Vigil, Cabello und andere. Be-
schlossen wurde, daß das Parteiorgan „El Socialista“, das jetzt
wöchentlich einmal erscheint, in Zukunft jeden Tag erscheinen soll;
die Kosten sollen durch Aktien gedeckt werden. Gemeint sind natür-
lich nicht Aktien im landläufigen Sinne des Wortes, sondern nur
keine Anteilsscheine von je 25 Pesetas (20 M.), welche unverzinst
bleiben. Ferner wurde beschlossen, daß die sozialistischen Stadt-
verordneten im Falle der Rot aus der Parteikasse unterstützt werden
sollen. Die Sitzung wurde um 12 Uhr nachts geschlossen. Western
um 3/4 Uhr nachmittags fand die vierte und letzte Sitzung
des Kongresses statt. Zur Diskussion gestellt wurde zu-
nächst der Antrag, daß Genossen, die eine Religion
unterstützen, welche nicht auf den Prinzipien der Freiheit und höheren
Sittlichkeit ruht, aus der Partei entfernt werden sollen. Es sprachen
über diesen Punkt der Tagesordnung eingehend die Genossen
Guetos, Merodio, Gasco, Iglesias, Andrés, Reoyo
und *Acavedo*, und die Ausschließung der Genossen, die
irgend eine positive Religion unterstützen, wurde beschlossen. Dieser
Beschluss ist eine Antwort auf den mittelalterlichen Jelitismus der
spanischen Merkantilisten, die sich jüngst auf ihrem Parteitag in Burgos
als die gefährlichsten Feinde aller freiheitlichen Ideen und des
Kulturfortschritts erwiesen haben. Ferner beschloß man, die Ge-
nosse, die sich in Frankreich in der Dreifusfrage
dem Merkantilismus und dem Militarismus gegenübergestellt
und für Recht und Gerechtigkeit gekämpft haben, zu beglück-
wünschen. Die Verlängerung des ganz unnützen Beseges zur Unter-
drückung des Anarchismus zu verdammen und die von der Partei
genommene Stellung bezüglich der Revision des Mont-
nau-Prozesses nicht aufzugeben. Zum Vorsitzenden des
Nationalkomitees, dessen Sitz Madrid ist, wurde Genosse
Iglesias gewählt. Der nächste Kongress soll in Girona stattfinden.
Um 8 Uhr wurde der fünfte Kongress der sozialistischen Arbeiter-
partei geschlossen. Der Vorsitzende Genosse *Reoyo* hielt eine kurze
Schlußrede, in welcher er große Hoffnungen auf die Zukunft des
spanischen Sozialismus zum Ausdruck brachte; er schloß mit einem
Hoch auf die Verbrüderung aller Arbeiter der Welt und auf die
sociale Republik, in welches die Anwesenden begeistert einstimmten.

Eine Stunde später fand unter ungeheurem Jubel von Ar-
beitern aller Parteien ein großes Meeting statt. Den Vorsth
führte Genosse *Iglesias*, und anher ihm sprachen noch die Genossen
Merodio, Morato, Acavedo, Vigil, Cabello und *Reoyo* als Vertreter
der Sozialisten von Bilbao, Madrid, Santander, Asturien, Valladolid
und Barcelona. Alle Redner wiesen auf die stets wachsenden Fort-
schritte hin, die die spanische Sozialistenpartei ohne Lärm und Re-
klame in Bezug auf Selbstzucht, Bildung, Organisation und Mit-
gliederzahl, und infolgedessen auch in Bezug auf Kraft und Stärke
gemacht hat, so daß sie sich die Achtung und Aufmerksamkeit ihrer
Gegner erzwingen habe und jetzt bereits als ein Faktor betrachtet
werde, mit welchem man in politischen, wirtschaftlichen und sozialen
Frage rechnen müsse. Die bürgerlichen Parteien — alle ohne Aus-
nahme — seien nicht mehr fähig, die Regeneration des Landes her-
beizuführen, da sie alle, von den Reaktionen bis zu den sogenannten
Fortschrittsparteien, an denselben Krankheiten litten. Der Delegierte
von Catalonien, *Reoyo*, erhob seine Stimme energisch gegen catalo-
nischen Separatismus und Regionalismus, indem er erklärte, daß
die Arbeiter in Catalonien mit diesen separatistischen Bestrebungen
nicht zu thun haben wollen. Mit der Dialektik, die ihm eigen ist,
resümierte Genosse *Iglesias* die Reden und sagte am Schluß seiner
mit großem Beifall aufgenommenen Ansprache: „Inzwischen aber
bedenket, daß das Werk des Arbeitersozialismus das Resultat der
Arbeit, der Festigkeit, des Ausdauerens und der Klugheit ist. Folget
nicht den Leuten, die Euch zu Gewaltthatigkeiten verleiten möchten;
wir wollen nicht die Anwendung von Gewalt, sondern Freiheit der
Bewegung, damit wir uns versammeln und lernen und unsere Or-
ganisation vollenden können. Wir müssen dafür sorgen, daß das,
was gestern nichts war und heute etwas ist, morgen viel sein möge,
bis wir zur vollen Entfaltung unserer Stärke und zur vollen Be-
friedigung unserer Ansprüche gelangen.“ Das Meeting schloß mit
einem Hoch auf die Vereinigung aller Arbeiter und auf die spanische
Sozialistenpartei.

Politisches, Gerichtliches usw.

Drei Verbrechen. In voriger Woche erhielt der Redacteur
Genosse *Lebius* von der Rhein-West- Arbeiterz. 10 Mark
Geldstrafe, weil er die Schaller Polizeibehörde beleidigt haben
sollte. Denselben Artikel hatten in weit schärferer Form auch die
dortigen bürgerlichen Blätter gebracht, ebenso wie die „Köln. Ztg.“
In der Verhandlung wurde diese Thatsache erwähnt und einer dieser
Artikel vorgelesen. Die bürgerlichen Blätter sind aber natürlich nicht
angeklagt worden. — Am Sonnabend wurde *Lebius* zu drei
Wochen Gefängnis verurteilt. Er soll den Vorstand
der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft betrogen haben. Als
nämlich am 22. Mai d. J. ein Denkmal für die Opfer der Katastrophe
auf Zeche „Hollern“ in Kirchlinde enthüllt wurde, bemerkte die „Rh.
Westf. Ztg.“ hierzu, daß dies freilich billiger sei als die Schütz-
vorrichtungen unter Tage zu vervollkommen. Hierin wurde die
Beleidigung gefunden. Es mag an die Ursache des Maffemings
erinnert sein. Die Schachtzimmerung war knochentrocken und frisch-
weise vom herabtropfenden Oel durchspritzt. In diesem feuer-

gefährlichen Bau brannten offene Fadellampen. Am Unglückstage
sprang das Förderseil aus der Rute, fing Feuer und nach
einer Viertel Stunde bildete der Schacht eine Feuerfäule.
Bei dem Unglück kamen vierzig Bergleute um und fünf
Menschen lüfteten ihr Leben bei den Rettungsarbeiten. Nach dem
Unglück ordnete die Bergbehörde das Festhalten der Schacht-
zimmerung an. In der Verhandlung kam die Rede auf Arbeiter-
gruben-Controleure und bei dieser Gelegenheit meinte der Vorsitzende
Landgerichts-Rademacher, diese Einrichtung wäre gar nicht
nötig. Die Arbeiter könnten ja jetzt schon alle Mißstände, von denen
sie Kenntnis erlangen, den Beamten mitteilen. Als ihn *Lebius*
darauf erwiderte, die Arbeiter könnten das wohl thun, aber sie würden
gemahregelt werden, waren die Richter sehr entrüstet. Als Beugen wurden
hierzu Vergrat Scharf und Betriebsführer Ufer von Zeche Hüllern
vernommen. Vergrat Scharf sagte, er kenne keinen Fall von Mah-
regelung wegen Beschwerdebildung; die Frage, ob überhaupt Mah-
regelungen üblich seien, wollte er nicht beantworten, weil er sich
über diese Dinge nicht informiert habe. Bestimmter lautete die An-
wort des Betriebsführers Ufer. Auf die Frage des Vorsitzenden:
„Glauben Sie, daß es im Ruhrrevier vorkommt, daß beschwerde-
führende Arbeiter entlassen werden?“ erwiderte er unter seinem
Eide mit fester Stimme: **Nein, niemals!** Der Staatsanwalt
hatte übrigens nur eine Geldstrafe in Höhe von 200 M.
beantragt. Der Gerichtshof hielt aber eine Freiheitsstrafe für an-
gemessen. Man wird sich erinnern, daß dieselbe Strafkammer unter
denselben Vorsitzenden den Genossen *Vlod* vor kurzem zu vier
Monaten Gefängnis verurteilte, während der Staatsanwalt drei
beantragt hatte.

Die ebenfalls auf Sonnabend angelegte Verhandlung gegen
Lebius und Genossen wegen Verleumdung der Zuchthaus-
direktion in Werden durch den Artikel über die Peitschung
Gräffs mußte vertagt werden, weil Gräff nach Brasilien
ausgewandert ist. Es waren 26 Zeugen geladen, darunter
fast alle Wärter des Zuchthauses in Werden, wohin heute zur Aus-
hilfe Gendarmen abkommandiert werden mußten.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Holzbildhauer! Wegen Nichtbewilligung der ge-
stellten Forderungen sind Kollegen folgender Werkstätten in den
Ausstand getreten: Thum, Grünstr. 35; Trudt, Neue Königstr. 10
(arbeitet für Brunsow); Vogel, Nördorf, Ameisenstr. 115; Dittmann,
Hilfsingstr. 7; Bary, Friedrichsbergerstr. 10; Behr, Priegerstr. 7;
Beth, Remelerstr. 31; Seifert u. Wolf (Vougeit), Fruchtstr. 36;
Brunsow, Neue Königstr. 15; Schulz, Pieselerstr. 30; Jacquemin,
Alte Jakobstr. 88; Kirchner, Kaldenbergstr. 42; Grig, Ballfadenstr. 57;
Kramer, Koppensstraße 60; Solong, Nördorf, Wollersstraße 28; Schop,
Mariannenstraße; Wandenburg, Wilhelmstr. 124; Kester, Mantelstr.
57; Gröger, Kottbuser Damm 85.

Es wird ersucht, diese Werkstätten streng zu meiden. Meldungen,
auch der Firmen, welche bewilligt haben, sind umgeben an die
Lohnkommission, Köpenickerstr. 62 (Restaurant Spielberg, Telefon
Kant VII Nr. 3032), in der Zeit von 9—1 und 3—7 Uhr zu richten.

Die organisierten Holzarbeiter werden ersucht, die in ihren Ge-
schäften arbeitenden Bildhauer auf die Forderungen aufmerksam zu
machen. Die Lohnkommission.

Achtung, Sattler! In der Militäreffekten-Fabrik
von *Ludewig*, Lindenstr. 83, haben sämtliche Kollegen die Arbeit
wegen Lohnminderungen niedergelegt. Es wird ersucht, die Werkstätte
aufs strengste zu meiden.

Achtung! Buchbinder, Kontobucharbeiter! Der Streik in
der Buchbinderei von *Woriz* u. *Kummer*, Landsbergerstr. 72,
dauert unverändert fort. Zugang ist streng fernzuhalten. Der
Vertrauensmann.

In der Buchdrucker A. Marbaum, S.W., Kochstr. 73,
kam es am Montag, den 25. d. M., zu einem Konflikt. — Das
gesamte Personal, Drucker, Setzer, Buchbinder und Hilfsarbeiter,
legte wegen beleidigender Schimpereien des einen Firmeneinhabers,
Herrn *Oskar Schmidt*, dem Maschinenmeister und den Setzern gegen-
über, die Arbeit nieder.

Deutsches Reich.

An die Teppichweber Deutschlands. Der Streik der Teppich-
weber von *G. Heibisch*, Berlin, dauert bereits die fünfte
Woche unverändert fort und stehen die Streikenden noch fest ge-
schlossen zusammen. Nur ist zu bedauern, daß die Bernauer
Kollegen ihr gegebenes Versprechen, dafür zu sorgen, daß kein Streik-
brecher von Bernau nach Berlin kommt, nicht besser gehalten haben,
denn zur Zeit sind bereits vier Arbeitswillige von Bernau in der
Heibisch'schen Teppichweberei als Lehrlinge thätig. Ebenso haben die
Kowawer Kollegen wenig Beacht gegeben, denn auch aus
ihren Reihen ist ein Streikbrecher zu verzeichnen.

Wir richten an die Teppichweber Deutschlands das Ersuchen, den
Zugang nach Berlin zu meiden, und uns nicht in den Mühen zu fassen,
denn nur dadurch können wir zum Siege gelangen.

Die Kommission.

**Ueber die Beteiligung des weiblichen Geschlechts an der
Erwerbsthätigkeit.** Unter diesem Titel ist sechsen eine von Käthe
Dunder-Weigig verfaßte, von der Generalkommission der Gewerk-
schaften Deutschlands herausgegebene Broschüre erschienen. Die
Broschüre stellt einen Sonderabdruck aus dem „Correspondenzblatt“
dar und giebt ein Bild über den Umfang der Frauenarbeit in
Deutschland nach den Resultaten der 1886er Volks- und Volks-
zählung. Die darin enthaltenen Tabellen dürften für die Gewerk-
schaften, namentlich diejenigen, welche viel Frauenarbeit zu verzeichnen
haben, sehr schätzbare Material enthalten.

Der Bochumer Maurerstreik dauert trotz der gegenseitigen
Versicherungen der Unternehmer, die vergeblich versuchen, Arbeits-
willige von auswärts heranzuziehen, in vollem Umfange fort. Von
528 beim Ausbruch des Streiks hier arbeitenden Gesellen sind schon
300 abgeweis, kaum ein Viertel arbeitet noch. Da die Arbeit drängt,
werden die Herren Baumeister und Bauunternehmer sehr hitzig
während sie doch bei dem eben verflochtenen Maurerstreik nicht genug
über den Terrorismus der Arbeiter zeteren konnten. Im stillen
halten freilich die Herren auch die Faust in der Tasche wegen des
materiellen Schadens, den sie doch auch bei der ganzen Sache haben.

**Die Aussperrung der Steinmetzen in Dresden, Pirna
und Umgegend** zieht immer weitere Kreise von anderen Arbeitern in
Mitteldeutschland. So müssen jetzt schon in Dresden allein 1900
Maurer feiern, weil die Steinmetzarbeiten auf den Bauten fehlen.
Auf 13 Bauten ruht die Arbeit gänzlich und in aller nächster Zeit
wird dieser Fall auf weiteren 128 Bauten eintreten. Sonderbar,
daß jetzt die Herren Baumeister und Bauunternehmer sehr hitzig
sind, während sie doch bei dem eben verflochtenen Maurerstreik nicht genug
über den Terrorismus der Arbeiter zeteren konnten. Im stillen
halten freilich die Herren auch die Faust in der Tasche wegen des
materiellen Schadens, den sie doch auch bei der ganzen Sache haben.

Wegen Streikvergehen wurde vom Dresdner Landgericht der
Maurer *Wollis* zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Er soll
arbeitswillige polnische Maurer polnische Säweine, Lumpen,
Wasserpoladen, Streikbrecher, denen man die Knochen zerhacken
müßte, die Hiebe verdienen, geschimpft haben. Der Angeklagte gab
das ihm zur Last gelegte im wesentlichen zu, entschuldigte sich damit,
daß er betrunken und über das Verhalten der Betreffenden erzürnt
und gereizt gewesen sei, was vom Gericht auch „Krausüberd“ an-
erkannt wurde. Ernst waren die dummen Verurteilungen natürlich
nicht gemeint, es hat sich auch niemand dadurch von der Arbeit ab-
halten lassen.

Unternehmer-Verbände.

Internationale Arbeitgeber-Verzweigung. In der letzten
Woche fand in Malmö in Schweden eine Versammlung des
schwedischen Baumeister-Verbandes statt, zu dem
Delegierte aus allen schwedischen Städten und auch einige aus deu-
andereu skandinavischen Ländern anwesend waren. Dieser Verjam-
lung wohnte auch der Bauführermeister *Herr Koster* als
Vorstand des dänischen Arbeitgeber-Verbandes bei. Er hielt

eine Rede, in der er den schwedischen Arbeitgebern für
ihre Hilfe dankte und erklärte: Die Aussperrung habe
erwiesen, daß der internationale Zusammenhang der Arbeitgeber
sich mit dem der Arbeiter nicht messen könne. Er empfahl zunächst einen
engen Zusammenschluß der skandinavischen Arbeitgeber. Im Sinne
dieses Antrages ist die Einberufung eines nordischen In-
dustrie-Kongresses nach Kopenhagen im Juli 1900
beschlossen worden. Für diesen lautet ein Programmpunkt: „Der
dänische Arbeitgeber- und Meisterverein sowie andere die gewerk-
schaftliche Organisation betreffende Fragen.“

Ferner hat der dänische Arbeitgeberverein eine Versammlung
des Hauptverbandes und eine des Gewerkschaftsausschusses abgehalten,
auf deren folgende Punkte behandelt sind:

1. Errichtung von Arbeitgeber-Verbänden in den Provinzen,
entsprechend den Gewerkschafts-Verbänden der Arbeiter.
 2. Bildung einer Central-Kriegskasse.
 3. Skandinavische, event. internationale Organisation der Arbeit-
geber.
 4. Streik und Aussperrungsklauseln in allen
Kontrakten! Der Arbeitgeberverein muß ihre Aufnahme
obligatorisch machen für seine Mitglieder.
- Es sind das offensibare Vorbereitungen und Rüstungen für einen
neuen Kampf. Der Arbeitgeber-Verein ist offenbar nicht gesonnen,
die Vernichtung der Arbeiterorganisationen aufzugeben, er will nur
besser gerüstet in den Kampf gehen, die Arbeiter werden also auch
nicht müßig sein dürfen.

Aus der Frauenbewegung.

Der Internationale Frauentongress in Paris wird in fünf
Sektionen verhandelt. Die erste Sektion behandelt die Hilfsantropie
und Volkswirtschaft. Es wird darin der Anteil der Frau an den Arbeiten
für Hilfsleistungen und Fürsorge behandelt, ferner die Mitarbeit der
Frau im Kampfe gegen den Alkohol, ihr Anteil an der Arbeit in den Ge-
sundheits- und Besserungsanstalten. Die zweite Sektion beschäftigt sich mit
der Gesetzgebung und der Moral und der Verwaltung des Vermögens
der Frau in der Ehe. Die gleichen Rechte des Vaters und der Mutter
den Kindern gegenüber, die Vormundschaft, die Pflichten des
Mannes gegen die uneheliche Mutter und ihr Kind, gleiche
Moral für Mann und Frau sind die weiteren Verhandlungs-
gegenstände. Die dritte Sektion wird die Erziehung be-
handeln. Ueber gemeinsame Erziehung beider Geschlechter, praktische
Ausbildung der Frauen zu den verschiedenen Berufen, Stellung
der Frau in der Lehrthätigkeit, der Inspektion und Verwaltung der
Schulen werden sich die einzelnen Redner verbreiten. Die 4. Sektion
ist der „Arbeit“ gewidmet. Freiheit der Arbeit der Frau, die Ver-
schlechterung des Lohnes der Frau, die Mittel zur Verringerung der
häuslichen Arbeit der Frau, Produktionsgesellschaften werden
die einzelnen Stichwörter sein. Die Arbeit der Frau in
der Landwirtschaft wird besonders hervorgehoben und land-
wirtschaftliche und Gartenbauhöfen für Frauen verlangt.
Die 5. Sektion beschäftigt sich mit den Künsten und Wissen-
schaften. Die Lage und die Fortschritte der Frau werden
belehrt. Ihr Einfluß auf die Litteratur soll dargelegt werden, es
wird die Hülfsleistung der Frau als Bibliothekarin, Museums-
direktorin zc. verlangt. Die Lage der Frauen bei wissenschaftlicher
Thätigkeit wird durch Vorträge anschaulich gemacht, und zuletzt soll
über die Mittel beraten werden, um die Frauen über die Hygiene
des Hauses und des Kindes zu belehren.

Sociales.

**Der Vorstand der Ortskrankenkasse für das kaufmännische
Personal in München** hat der dortigen Prinzipalität ein Circular
zugehen lassen, in welchem er um Abstellung einer Reihe Mißstände
ersucht. Es wird darin gesagt, eine Umfrage bei hervorragenden
Ärzten habe ergeben, daß viele Krankheiten der Angeestellten auf
Schädlichkeiten des Berufs zurückzuführen seien. Die Arbeits-
zeit sei ohne Zweifel eine zu lange, ferner sei das sogenannte
Sitzverbot eine durchaus nicht zu rechtfertigende Härte. Die
Mittagspause sei viel zu kurz, sie reiche kaum hin, den weiten
Weg nach Hause und zurück zu machen und ein heißes oder ab-
gekühltes Essen rasch hinunter zu schlucken. Noch schlimmer sei
die äble Wohnsituation, den Mädchen das Essen im Geschäft zu ver-
abreichen. Eine Regelung der Arbeitszeit in den kaufmännischen
Betrieben ist im Interesse der Gesundheit der kaufmännischen An-
gestellten das zweifelloste größte Bedürfnis. Die Beschränkung der
Arbeitszeit auf 10 oder 9 Stunden mit zweistündiger Mittagspause
und Sonntagruhe ist unerlässlich.

Das sind alles allbekannte Wahrheiten und die Forderungen
sind wohl berechtigt; trotzdem möchten wir bezweifeln, daß sich
der Vorstand der Ortskrankenkassen-Vorstandes, die Darlegungen möchten
sich einer wohlwollenden Würdigung seitens der Prinzipale erfreuen,
erfüllen wird. Bitten hilft hier nicht.

Im Vorstande des oberhessischen Knappschaftsvereins
ist eine Aenderung eingetreten, die hoffentlich gute Folgen für die
oberhessischen Bergleute hat. An Stelle des vor zwei Monaten
verstorbenen Direktors *Kotmann* ist der bisherige Verwaltungsver-
treter *Rilde* aus Jährze zum Knappschaftsdirektor gewählt worden. Die
Bergleute hoffen, daß *Rilde* seinem Namen Ehre machen wird. Der
stärkere Direktor, ein Selbmademan, war das Haupthindernis für
alle Reformen im Knappschaftswesen Oberhessens und wegen seiner
Rigorosität gegen die Knappschaftsmitglieder von diesen geradezu
gefürchtet. Privatärzte, die z. B. in der Verteilung des Gesund-
heitszustandes von Bergleuten anderer Meinung waren, als die
offiziellen Knappschaftsärzte, d. h. ein für die Bergleute günstigeres
Urteil abgaben als diese, mußten wiederholt die Hilfe des *Wesolner*
Oberbergamts gegen *Kotmann* in Anspruch nehmen.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Paris, 25. September. (S. O.) Ein Unbekannter erschien heute
mittag auf der Polizeipräfektur, wo er seine Karte mit dem Namen
„Fleury“ abgab und den Leiter des Nachrichtenendienstes zu sprechen
verlangte. Dieser war nicht zugegen. Der Unbekannte entfernte
sich, erschien aber nach einer Stunde wieder mit dem gleichen Er-
suchen. Als der Leiter des Nachrichtenendienstes wiederum nicht an-
wesend war, stellte sich *Fleury* vor dem Gebäude auf. Gegen
zwei Uhr erschien der Erwartete; *Fleury* stürzte sich auf ihn
und schoß mit einem Revolver auf ihn. Die Kugel ging fehl. Der
Leiter des Nachrichtenendienstes stürzte sich auf den Attentäter und
packte ihn an der Gurgel. Beide fielen zu Boden. Herbeieilende
Wachmannschaften verhafteten das Individuum. Man hält ihn für
geisteskrank.

Paris, 25. Sept. (S. O.) Heute nachmittag 2 Uhr fand die
Ueberführung der Leiche des verstorbenen Senators *Scheurer-
Kestner* statt. Mehrere hohe Persönlichkeiten, darunter der Präsident
des Senats, mehrere Minister, der ehemalige Ministerpräsident *Brissou*
u. a. wohnten der Beidenfeier bei. Auf dem Olymbahnhofe angekommen,
wurden mehrere Reden gehalten, und zwar im Namen des Senats,
der republikanischen Vereinigung, der Gesellschaft der Chemiker, der
Ufah-Lothbringer, der republikanischen Jugend und der *Freimaurer*.
Unter den zahlreichen Rednerinnen ist auch diejenige des Fürsten
von Monaco hervorzuhellen mit der Inschrift: „Dem Ehrenmann,
Fürst von Monaco.“

Belgrad, 25. September. (S. O.) Infolge des außerordentlich
strengen Urteils, das heute im Attentatsprozeß gefällt wurde,
berührt hier allenthalben große Erregung; die Truppen sind
konsigniert.

New York, 25. September. Meldung des *Reuter'schen*
Bureau's. Wie dem *New York Herald* aus Buenos Aires ge-
meldet wird, ist in Catamarca ein gegen die Provinzialregierung
gerichteter Aufstand ausgebrochen. Den Behörden gelang es jedoch
nach einem Gefecht, bei welchem 7 Personen getötet und 12 ver-
wundet wurden, die Ordnung wieder herzustellen.

Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik.

Breslau, den 25. September 1899.

Heute vormittag wurde im Saale des Landeshauses der Provinz Schlesien die Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik eröffnet. Die Beteiligung der interessierten Kreise ist eine sehr starke, besonders sind die namhaftesten Lehrer der Volkswirtschaft der verschiedenen deutschen, sowie außerdeutschen Universitäten vertreten, u. a. Geheimrat Schmöller, Professor Lujo Brentano, Sombart, Philippovich-Wien, Cohn-Wöllinggen etc. Weitere Teilnehmer sind Staatsminister a. D. v. Werlesch-Beilin, die Abgg. Dr. Max Dirsch, Weichmann-Breslau und Alexander Meyer-Berlin. Für die verschiedenen Behörden sind als Vertreter erschienen der Oberpräsident von Schlesien, Fürst Hayfeldt, der Breslauer Oberbürgermeister Vender und die Geheimräte Dr. Erenn und Hiel als Abgeordnete des Ministeriums für Handel und Gewerbe und des Landwirtschaftsministeriums.

Auf der Tagesordnung stehen Vorträge über: 1. Die Hausindustrie und ihre gesetzliche Regelung; 2. die Lage des Hausratgewerbes und 3. Entwicklungstendenzen im modernen Detailhandel. In einer gestern stattgefundenen Ausschusssitzung wurde beschlossene, zunächst von Vereins wegen die Wohnungsfrage zu behandeln. Die heutige Plenarsitzung wurde von Schmöller eröffnet und dieser zum Vorsitzenden, zu dessen Kommerzrat Bobst-Breslau und die Professoren Gierke-Berlin und Brentano-München gewählt. In seiner einleitenden Rede erörterte Geheimrat Schmöller zunächst die Bestrebungen und Ziele des Vereins für Socialpolitik. Der Verein, im Grunde eine Publikationsgesellschaft, zähle sämtliche Nationalökonomischen Deutschlands zu seinen Mitgliedern. Die Veröffentlichungen des Vereins stellen ein wertvolles Material dar und seien geeignet, die Gesetzgebung in socialpolitischer Beziehung erheblich zu beeinflussen. Und darauf sei das Bestreben des Vereins in erster Linie gerichtet. Lassalle habe einmal geschrieben: Der Stoff ohne Gedanken habe immer noch einen gewissen Wert, der Gedanke ohne Stoff, d. h. ohne grundlegendes Material, sei nur Chimäre. Der Verein habe sich je nach den Umständen einmal zu den Forderungen der Arbeiter, dann wieder zu denen der Unternehmer in Gegensatz stellen müssen. Redner bezeichnet die Unternehmer als Offiziere der Volkswirtschaft, die aber im Tageskampf für ihre Interessen eintreten und oft die objektive Würdigung der Verhältnisse vergessen, so daß der Verein nicht mitgehen könne. Ganz ähnlich aber sei die Stellung des Vereins zu den Arbeitern und der Arbeiterbewegung. Wir bekämpfen entschieden die Irrlehren der Socialdemokratie, sagte Redner, aber wir anerkennen gern, daß sich unter den Arbeitern und ihren Führern tüchtige, sehr befähigte und ideal gerichtete Männer befinden, und daß die von ihnen mitbewirkte geistige Hebung der Arbeiterklasse zu den schönsten Erscheinungen der neuzeitlichen Geschichte zählt. Wir beklagen wohl die in diesen Kämpfen offenbare leidenschaftliche Erregung, aber wir erklären sie uns auch. Interessen-Verletzungen zeigen immer Leidenschaft und Wut und große Bewegungen werden nie ohne ein gewisses Maß Leidenschaft durchgeführt. Wir aber wollen abseits als leidenschaftslose objektive Beurteiler stehen. Und weil wir den Tageskämpfen fernstehen, spricht die Wahrscheinlichkeit dafür, daß, von einzelnen Irrtümern abgesehen, wir doch befähigt sind, die Entwicklung richtig erkennen und beurteilen und praktische Ratschläge erteilen zu können. In der Gegenwart weht für sociale Reformen allerdings kein guter Wind. Den Verfehlungen unter uns ist es besonders schmerzhaft, daß eben jetzt wieder das Koalitionsrecht der Arbeiter durch Angriffe bedroht ist. Doch darüber haben wir heute nicht zu verhandeln. Das aber will Redner sagen: Wir halten die Monarchie für einen Grundpfeiler unserer Entwicklung und warnen vor der Revolution, wir betonen aber entschieden, daß ohne ständige und durchgreifende sociale Reform die Zukunft unseres Vaterlandes, ja der ganzen Kultur schwer bedroht erscheint. Wir treten für solche Reformen ein und sehen deshalb erbitterten Angriffen und Verdächtigungen Gleichgültigkeit entgegen. Von einem Teil der großkapitalistischen Presse, die in solchen Angriffen besonders leidet, wird jede Arbeitervereinigung für socialdemokratisch und staatsgefährlich erklärt. Unter der Bezeichnung Kampf gegen den Umsturz sucht man jede noch so berechtigte Forderung zu Gunsten der Arbeiter zu discreditierten und zu unterdrücken. Dem Redner persönlich ist jede Monarchie willkommen, die wirkliche Umsturzbestrebungen mit starker Hand niederschlägt. Aber die Drangsalierung von Millionen deutscher Arbeiter deshalb, weil sie gewisse berechtigte Forderungen zur Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse verfolgen, ist verwerflich. Solche Tendenzen sind gefährlicher, als die unabweisbaren Zukunftsträume der Socialdemokratie. Wir hoffen, daß unsere Regierungen jener extremen großkapitalistischen Richtung kein Gehör schenken werden, sonst würden Königtum und Beamtenschaft zu Mandatären des Großkapitalismus werden müssen, der König würde nicht mehr rei des bonum, sondern ein König der Reichen sein. Dann käme eine aristokratische Regierungsform, die schlechteste von allen. Aber an eine solche Gefahr glauben wir nicht. Die Socialpolitik der Jahre 1881-91 zerstreute diese Furcht. Der Verein für Socialpolitik bleibe auf dem Wege, den in jenen Jahren die Reichsregierung wandelte. (Beifall.)

Rath Bevilkommissionsreden des Oberpräsidenten Hayfeldt und des Oberbürgermeisters von Breslau, Vender, tritt die Generalversammlung in ihre Tagesordnung ein.

Dr. Alfred Weber-Berlin referiert zunächst über die Hausindustrie und ihre gesetzliche Regelung. Referent erläutert einleitend den Begriff Hausindustrie und giebt dann einen Überblick über ihre Entwicklung. Nur in der Textilbranche ist die Hausindustrie zurückgegangen, ihre fortwährende Lebensfähigkeit sei im übrigen ganz zweifellos. Ihre Lebensbedingungen liegen größtenteils in lokalen Gruppierungen der Bevölkerung, sie gebührt der großindustriellen unwidriglich, wie in Gebirgsgegenden, und stellt die allerbilligsten Arbeitskräfte in ihren Dienst. Ein Kulturstaat hat kein Interesse an der Erhaltung der Hausindustrie, vielmehr ein solches an ihrer Beseitigung, denn sie drückt die Lebenshaltung der Arbeiter auf das tiefste herab. Der Beseitigung der Hausindustrie stellen sich aber starke, wenn auch rudimentäre Interessen entgegen. Trotzdem ist die Lösung des Problems nicht ganz aussichtslos. Auch im Gebirge ist schon Fabrikindustrie möglich geworden. Eine energische Wohnungs- und Verkehrspolitik kommunaler Art, welche die ländliche hausindustrielle Beschäftigte Bevölkerung in größere Nähe der großen Städte bringt, kann ebenfalls Wandel schaffen. Redner schildert eingehender die bekümmerten, gesundheitsgefährlichen Gefahren der Hausindustrie und verlangt entschiedeneres gesetzgebendes Eingreifen. Es sei Aufgabe der Gesetzgebung, dafür zu sorgen, daß nicht eine neue Generation in der geistigen und physischen Kellerei der Hausindustrie aufwache. (Beifall.)

Prof. Philippovich-Wien (Korreferent) will den vom Redner etwas weit gefaßten Rahmen enger nehmen, um so praktischer zu wirken. Die Frage der Existenz- oder Nichtexistenzberechtigung sei vorläufig laun zu diskutieren, denn die Hausindustrie würde noch recht lange bestehen. Hochentwickelte Industrien bedienen sich der Heimindustrie und umichtig sei auch, daß die Hausindustrie nur minderwertige Waren herstelle. Vom Produktionsstandpunkt ist gegen die Hausindustrie nichts einzuwenden. Wir beschäftigen uns mit dieser Frage nur wegen der niedrigen Lebenshaltung der Heimarbeiter und der gesundheitlichen Gefahren der Hausindustrie. Gesetzgebung und Arbeiterorganisation haben für die Fabrikarbeiter gewirkt und dasselbe ist auch für die Heimarbeiter möglich. Damit könnten wir vorläufig schon zufrieden sein. Den Begriff Hausindustrie zu definieren, ist nicht das wichtigste, sondern Hilfe für die bedrückten Heimarbeiter, auch ohne wissenschaftliche Definition des Begriffs. Da die Gesetzgebung die Heimarbeit bisher als Nebenbeschäftigung behandelte, hat sich diese jeder gesetzlichen Kontrolle entzogen. Mit diesem Princip muß

gebrochen werden. Werkstättenpolitik, nicht Handwerks-, Fabrik- und Hausindustriepolitik sollte getrieben werden. Für jede Werkstatt müßten Bestimmungen über Dauer der Arbeit, Beschäftigung von Kindern usw. getroffen werden. Ebenso sollten Vorschriften erlassen werden, die sich mit den Arbeitsverträgen beschäftigen. Dann müßte die Festsetzung von Mindestlöhnen unter Mitwirkung von Arbeitern und Unternehmern gesetzlich herbeigeführt werden. Die Frage, ob die beteiligten Industrien dabei bestehen können, kommt erst in zweiter Reihe. Was nützt ein Wettkampf einer Exportindustrie um die Lieferung billiger Uniformen für ägyptische Soldaten, wenn die einheimischen Arbeiter dieser Industrie dabei verhungern. Notwendig ist es, die Heimarbeiter selbst mehr in die Bewegung zu ziehen; denn nur unter ihrer tätigen Beihilfe ist eine Hebung ihrer Lebenslage zu erwarten. Dazu brauchen wir Agitation, die nicht Aufgabe unseres Vereins sein kann, aber der man nicht entgegenzutreten sollte, auch wenn sie einmal etwas lebhaftere Formen annimmt. (Beifall.)

In der Diskussion nimmt zunächst Staatsminister a. D. Freiherr von Werlesch das Wort. So weit die Hausindustrie die Löhne herabdrückt und die Produktion minderwertiger Waren fördert, sei sie gewiß nicht wünschenswert. Daraus folgt aber noch nicht ein gesetzliches Verbot familiärer Heimarbeit. Ein Teil der Hausindustrie habe sicher keine Existenzberechtigung, so die in Eichenfeld, wo eine ganze Familie wohnlich nicht mehr als sechs bis acht Mark verdiene oder die Webindustrie im Culengebirge, die dem Heimarbeiter nur einen Wochenverdienst von 4 M. einbringt, wie er auf Grund einer Enquete noch zur Zeit seiner Ministerthätigkeit festgestellt habe. Immerhin werde man sich noch auf längere Zeit mit der Thatsache des Bestehens solcher Hausindustrien abfinden müssen. Ob die Hausindustrie zu oder abgenommen hat, ist schwer zu sagen. Selbst die Statistik der Berufszählung täusche da oft erheblich. Ein sehr bedeutender Prozentsatz der Bevölkerung ist aber jedenfalls in der Hausindustrie beschäftigt und der größte Teil der Heimarbeiter befindet sich in schlechtester Lage. Was kann nun geschehen, um die oft traffen unheimlichen Zustände in der Hausindustrie zu bessern? Redner hält ein vorsichtiges und auf das äußerste Maß beschränktes Eingreifen der Gesetzgebung selbst da für erforderlich, wo es sich um ein Eingreifen in das Familienleben handelt. Kinder unter zehn Jahren dürften überhaupt nicht beschäftigt werden, bei älteren Kindern sei freilich eine mäßige gewerbliche Beschäftigung von gewissem pädagogischen Wert. Generelle gesetzliche Bestimmungen seien nicht am Platze, die Gesetzgebung müsse hier specialisieren. Gesundheits- und Wohnungspolizei müßten natürlich zu scharfen Waffen gegen die Mißstände in der Hausindustrie greifen. Die Wohnungsfrage sei längst für ein gesetzliches Eingreifen reif. Sehr wichtig sei die Ausbildung der Kontrolle. Hier könnten vielleicht Hausbesitzer und Lehrer zur Mithilfe herangezogen werden. Aber vor allem müßten die Arbeiter zur Verbesserung ihrer Lage beitragen; hier bietet besonders die preisliche Gesetzgebung den Arbeitern und vor allem den Arbeiterinnen große Hindernisse. Frauen dürften politischen Vereinen nicht angehören, rein gewerkschaftliche Dinge würden für politisch erklärt. Volle Koalitionsfreiheit sei also geboten. Das Koalitionsrecht der Arbeiter sei das wichtigste und beste Mittel, die Lebenshaltung der Arbeiter zu heben. Es dürfe deshalb in keiner Weise beeinträchtigt werden. Gerade bei der Hausindustrie spiele ja die Hebung der Lebenshaltung eine so große Rolle, deshalb müsse man für die Koalitionsfreiheit familiärer Heimarbeiter mit allen Kräften eintreten. (Langanhaltender, sich wiederholender Beifall.)

Fabrikbesitzer Kaufmann-Tomhausen giebt im allgemeinen die schlechte Lage der Hausweber zu, besser gehe es nur denen, die auch ein bißchen Ackerwirtschaft treiben. Er wendet sich gegen den Vorschlag, die Arbeiterausgleichsgesetzgebung auf die Heimarbeit auszudehnen und fordert freiere wirtschaftliche Entwicklung für die Industrie.

Nachdem noch eine Weile fort diskutiert worden ist, werden die Verhandlungen geschlossen. Morgen kommt zunächst die Frage des Hausratgewerbes zur Verhandlung.

Kommunales.

In den Stadtverordneten-Wahlen. Bezüglich der im November stattfindenden Ergänzung- und Neuwahlen zur Stadtverordneten-Versammlung herrscht infolge der Reiz-Einteilung der Wahlbezirke eine gewisse Unkenntnis darüber, in welchen Wahlbezirken Ergänzung- und Neuwahlen vorzunehmen sind und welche Stadtbezirke zu den betreffenden Wahlbezirken gehören. Wir geben daher folgende Zusammenstellung. Es scheiden aus und sind Ergänzungswahlen vorzunehmen in der III. Abtheilung: Wahlbezirk II (Stadtbezirke 1-10) Stadtverordnete Jordan, Wahlbezirk 3 (Stadtbezirke 21-28, 29-30) Dr. Hermes, Wahlbezirk 6 (Stadtbezirke 40-42, 50-53 und 56) Stadtverordnete Försteling, Wahlbezirk 7 (Stadtbezirke 54, 55, 57 bis 63) Ulfstein, Wahlbezirk 15 (Stadtbezirke 109-118) Tollstedt, Wahlbezirk 16 (Stadtbezirke 114-121) Herbig, Wahlbezirk 19 (Stadtbezirke 136-142) Rosenow, Wahlbezirk 20 (Stadtbezirke 145 bis 148, 150, 151, 201) Förner, Wahlbezirk 21 (Stadtbezirke 149, 162-169) Wille, Wahlbezirk 27 (Stadtbezirke 184-188, 194, 195) Reihner, Wahlbezirk 30 (Stadtbezirke 210-215, 255, 256) Sutter, Wahlbezirk 33 (Stadtbezirke 237-241, 243-244) Gieschke, Wahlbezirk 38 (Stadtbezirke 260-264, 277) Giebert, Wahlbezirk 46 (Stadtbezirke 307, 308, 315-318) Bogherr, Wahlbezirk 48 (Stadtbezirke 319, 320, 322-324) für Jacobey Ergänzungswahl. Neu zu wählen haben je einen Stadtverordneten: Wahlbezirk 26 (Stadtbezirke 157, 160, 189-193), Wahlbezirk 40 (Stadtbezirke 273, 275, 276, 278, 305, 306), Wahlbezirk 43 (Stadtbezirke 290-292), Wahlbezirk 44 (Stadtbezirke 293-298), Wahlbezirk 45 (Stadtbezirke 309-301, 303, 304), Wahlbezirk 47 (Stadtbezirke 309-314, 325, 326).

lokales.

Achtung! Gesundbrunnen und Rosenthaler Vorstadt. Die Listen für die Stadtverordnetenwahlen liegen aus: Für den 38. Bezirk (Rosenthaler Vorstadt) umfassend die Stadtbezirke 200-264 und 277, bei Paul Haserland, Wiedomstraße 9 (Eingang Volkstraße im Laden), Restaurant. Für den 48. Bezirk Gesundbrunnen umfassend die Stadtbezirke 319-320 und 322-324, bei Wilhelm Gahmann, Grünthalerstraße 65, vorn parterre.

Der Kampf um das rote Haus

Wieder auch von den Grundbesitzern diesmal mit besonderem Eifer geführt werden. Das Hausagrarium hat zwar auch in früheren Jahren bei solchen Gelegenheiten niemals im letzten Treffen gestanden, aber die armen Berliner Hausbesitzer, die nach ihrer Versicherung so entsetzliche Not leiden müssen, haben in neuerer Zeit herausgefunden, daß ihre Interessen in der Stadtverordneten-Versammlung immer noch nicht hinreichend gewahrt werden. Sie wissen sehr wohl, daß die Stadtverordneten-Versammlung, dank der Haltung des größeren Teiles der Liberalen, schon so viel für sie getan hat, daß ihr zu thun fast nichts mehr übrig bleibt. Aber ein Berliner Hausbesitzer kriegt nie genug. Der Hausbesitzer bildet, wenn man den Worten dieser Leute glauben darf, den Kern der Bürgerschaft, das Fundament des städtischen Gemeinwesens. Seine Wünsche müssen allen anderen Wünschen vorangehen, ja von Rechts wegen hat eigentlich überhaupt nur er etwas zu

wünschen. Darum geben sich die Hausbesitzer jetzt nicht mehr damit zufrieden, daß vom Freisinn aufgestellte Kandidaten, wenn sie in den Wählerversammlungen über ihre Stellung zu den Wünschen des Hausagrariums exponiert werden, die bündige Zustimmung abgeben, die Interessen des Grundbesitzes nach Kräften vertreten zu wollen. Selbst das genügt ihnen nicht mehr, daß so ein Herr gelegentlich seinen Examinatoren erklärt, er sei ja selber Hausbesitzer, er werde sich schon nicht in sein eigenes Fleisch schneiden. Sie wollen direkte Hausbesitzer-Kandidaten, die ihr Mandat als nur von den Hausbesitzern gegeben ansehen.

Im Grunde genommen dürften nun die Hausbesitzer nur bei ihren eigenen auf Unterstützung rechnen. Es giebt in der That kaum noch einen „Stand“, der sich in weitesten Kreisen der Bevölkerung so geringer Sympathien erfreut, wie die Berliner Hausagrarier. Trotzdem haben sie es verstanden, sich für ihr gemeinsames Treiben eine Hilfsstruppe zu schaffen. Seit einigen Jahren spielen sie den „Kettler“ des sogenannten Mittelstandes, zu dem sie — nebenbei bemerkt — selber zu gehören behaupten. Sie unterstützen die Handel- und Gewerbebetreibenden in ihrem Kampfe sowohl gegen die großen und größten Händler, die in ihren stolzen Warenhaus-Palästen thronen, als auch gegen die kleinen und kleinsten Händler, die ihr ganzes bishiges Kraut auf einem Karren mit sich führen und auf der Straße an den Mann zu bringen suchen. „Nieder mit den Warenhäusern!“ und „Fort mit dem Straßenhandel!“ lautet der Kriegsruf der Hausagrarier.

Viele von den Handel- und Gewerbetreibenden, die es noch nicht selber zu einem Warenhause gebracht haben und andererseits noch nicht bis auf den Warenladen zurückgekommen sind, begrüßen die vermeintliche Hilfe der Hausbesitzer mit großer Freude. Sie sehen nicht, daß die Hausbesitzer sie nur deshalb gegen die Warenhändler wie gegen den Straßenhandel in Schutz nehmen, weil sie selber sich nicht ein bißchen recht einträgliches Ausbeutungsobjekt entreißen lassen möchten. Wer ist es denn, der dem Handel- und Gewerbetreibenden den Kampf um seine Existenz am meisten erschwert? Fordert ihm nicht der Hauswirt von dem Ertrag seiner Arbeit einen Tribut ab, der, sobald ein Geschäft einigermassen zu gehen anfängt, fort und fort gesteigert wird? Da liegt so ein Hausbesitzer den lieben, langen Tag zum Fenster hinaus, steht mit schmunzelndem Behagen zu, wie unter ihm die Kunden ein- und ausgehen und macht sich seinen Ueberschlag, was das Geschäft wohl einbringen mag. Merkt er, daß die Zahl der Kunden allmählich wächst, da legt er sofort beim nächsten Ablauf des Kontraktes eine geöfferte Preiserhöhung. Der Hausbesitzer hat zwar nicht das geringste dazu beigetragen, den Ertrag des Geschäftes zu erhöhen, aber er sagt sich: „Der Kerl kann zahlen, er verdient ja genug!“ — und der Geschäftsmann muß zahlen, wenn er nicht den erst durch ihn bei dem Publikum in guten Ruf gebrachten Laden einem Konkurrenten eingeräumt sehen will, der, wo er selber mühevoll gesät hat, mähelos zu ernten kommt. Und so steigert der Hauswirt bei jedem neuen Termin, und der Geschäftsmann, der Handwerker fügt sich jeder neuen Steigerung, bis er — ruiniert ist. Das nennt man denn hausbesitzerliche Mittelstandsrettung!

Wehe den Handel- und Gewerbetreibenden, wenn es den Vorlämpfern des Hausagrariums, den offenen und den verkappten, gelänge, in der städtischen Verwaltung noch mehr Einfluß zu bekommen, als sie bereits haben! Welche neue Lasten würden ihnen da aufgedrückt, welche neue Entlastungen den Hausbesitzern bewilligt werden!

Die Einführung einer Fahrschule, die besonders in Tiergartenkreisen seit langem gewünscht wird, ist hauptsächlich wegen des Widerstandes des größten Teiles der Fuhrherren bisher nicht zu Stande gekommen. Man möchte zwar meinen, daß gerade die Fuhrherren die Sache eifrig unterstützen müßten, weil sie doch wohl selber den Wunsch haben, möglichst tüchtige, mit ihrem Fach vollständig vertraute Leute zu bekommen. Das ist aber nicht der Fall. Die Fuhrherren wehren sich geradezu dagegen, ein nur tüchtiges Personal zu bekommen. Und warum das? Darüber wurde in der letzten Sitzung des „Deutschen Tiergärtnervereins“ vom Major a. D. Wagener eine recht interessante Mitteilung gemacht. Wenn eine Fahrschule geschaffen wird, dann fahren nicht mehr, wie jetzt, neben einer kleinen, außerleihen Zahl tüchtiger Kutscher eine Menge von ungeeigneten Leuten, sondern nur gut unterrichtete, brauchbare Kutscher, aber — so sagt Herr Major Wagener — die fahren dann auch nur mit guten Pferden und gegen guten Lohn. Das ist es, was die Fuhrherren fürchten! Sie brauchen und verlangen ungeeignete Leute, weil die sich mit niedrigen Löhnen begnügen und durch ihre Konkurrenz auch den tüchtigen Kutschern die Durchsetzung von Lohnaufbesserungen erschweren. Rittmeister a. D. von Blü, der seit einer Reihe von Jahren für die Hebung der Fahrschule agitiert, bestätigte die Mitteilungen des Majors Wagener. Als die Kommission in Sachen der Fahrschule ihre Beratungen abhielt, habe ihm ein Fuhrherr gesagt: „Sie machen uns teure Leute!“ Das ist für die Unternehmer allerdings ein einschlagender Grund; denn die wollen nur billige Leute.

Auf zum Kampf für Ordnung, Religion und Ehre! In dem am 2. Oktober unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Deuts beginnenden Prozeß gegen die Mitglieder des „Falschspieler-Klubs der Harmlosen“ sind einem hiesigen Blatte zufolge etwa 100 Zeugen geladen. Eine ganze Anzahl in Betracht kommender Personen sind jedoch nicht aufzufinden. Dazu gehören nach dem erwähnten Blatte Herr v. Wersdorff, Lieutenant der Reserve im 11. Husaren-Regiment, dessen Mutter sogar den jetzigen Kaufmann des Zeugen nicht weiß, und Graf Schwerin, früher Lieutenant bei den 12. Dragonern. Graf Schwerin, der zur Strafbefreiung seiner angegriffenen Kerzen lange Zeit in Monte-Carlo war, tauchte unlangst für kurze Zeit in Berlin auf und ist wieder verschwunden. Ein Baron Galy, ein Ungar, aber dessen Adelspräbital inzwischen gelinde Zweifel aufgetaucht sind, behauptete seiner Zeit, an v. Kröcher und v. Kayser über 100 000 M. in barem Gelde verloren zu haben. Auch er ward nicht mehr gesehen! Graf Jech-Burkersroda, dessen rasende Verluste in einem anderen Berliner Klub viel von sich reden machten, weil in London und dürfte schwerlich der Verhandlung beiwohnen, Dr. Kornblum, welcher beinahe die erste Denunziation im „Berliner Tageblatt“ war, ist ebenfalls verschwunden. Er soll in Brüssel gesehen worden sein. Auch die Adresse des Vicekonsuls Moos ist der Behörde unbekannt. Fremden erregt auch, daß Berichtsassessor v. Mörs, welcher zuletzt am Amtsgericht in Charlottenburg beschäftigt war, ebenfalls von der Verlobung nicht erehrt wurde. Es ist nicht anzunehmen, daß die Anklagebehörde auf diese Zeugen verzichten kann. Die hiesigen Garde- und Kavallerie-Regimenter dürften durch etwa 20 Offiziere vertreten sein; ein großes Kontingent stellen auch die Dreßener und Leipziger Kavallerie-Regimenter. Auch „Damen“ werden ihr Zeugnis in dieser Sache abzugeben haben, naturgemäß solche, welche zu den Angeklagten in näheren Beziehungen standen, und zwar Fräulein Rosa Wretens, die Freundin Kröchers, welche eigentlich Guffinger heißt, Frau Frida Voigt, welche mit v. Kayser längere Zeit den Haushalt

teile, und Fräulein Marie Ulrich, die Geliebte v. Schachtmeier und frühere Angestellte einer hiesigen Bar. Der Oberkellner Montaldi, welcher öfter in dem Spielertische als Geldbarbeiter figuriert und auch den Umzug der Gesellschaft aus dem Central-Hotel ins Hotel Primavera mitmachte, verschwand — anscheinend mit großen Mitteln — gleich nach Schluß des Spieltisches. Er ist jetzt Walter d'Hotel im Grand Hotel Jotta in Genoa. Das Dienstmädchen Schachtmeier sowie der Kammerdiener Kröcher, auf deren Aussage viel ankommen dürfte, sind übrigens ebenfalls nicht zu ermitteln.

Die Sammelwut wird auch von Frau Juma zu den abgeschmacktesten Sprüngen aufgehetzt. Kürzlich wurde in einem befehlshaltigen Lokalfeld mitgeteilt, daß der bekannte Klavierfabrikant Beschke in einen bedürftigen Klavierstimmer, der 28 Jahre lang in seiner Fabrik beschäftigt worden sei, unter der Bedingung mit einem Klavier auf die Weine richten wolle, daß der alte Arbeiter bis zum 1. April nächsten Jahres eine Million benutzter Straßenbahn-Fahrstheine zusammenbringe. Die ein Mann, der viel Zeit haben muß, ausgerechnet hat, würde die Million Fahrstheine so viel wiegen, wie 27 Berliner Adreß-Näher, nämlich 370 Pfund. Es soll denn auch unter Menschenfreunden mächtig gefammelt worden sein. Allmählich tauchten aber Zweifel auf, ob es denn auch mit dem bedenklichen Fall von Beschke'scher Menschenliebe seine Wichtigkeit habe. Ein Sammler wandte sich an den Fabrikanten um Auskunft und erhielt von ihm folgende Antwort:

Auf Ihre heutige Anfrage teile Ihnen ergebenst mit, daß die Angelegenheit mit der Million „Verdehnbilliten“ auf Erfindung beruht; es hat sich ein Wigbold einen schlechten Scherz erlaubt.

Achtungsvoll C. Weidstein.
Diese Antwort ist recht verständlich und wird die Sammler hoffentlich veranlassen, den nicht besonders appetitlichen Sport einzustellen. Wenn es richtig ist, daß der reiche Klavierfabrikant einem armen, ein Menschenalter hindurch von ihm ausgebeuteten Arbeiter mit einem Instrument aufhelfen will, so wird er solches gewiß nicht thun, indem er die halbe Stadt rebellisch macht. Er wird sich in diesem Falle des bekannten Bibelwortes erinnern: Laß' Deine rechte Hand nicht wissen, was Deine linke thut.

Ueber die Erfolge der Behandlung von Lungenkranken in den beiden Heimstätten der Stadt Berlin bringt der in Blankensfelde tätige Arzt Dr. Eilan einen interessanten Ueberblick in der „Deutschen Medizinischen Zeitung“. Die Heimstätte in Malchow ist für Männer, die in Blankensfelde für Frauen bestimmt. Bei der Aufnahme in die städtischen Heimstätten erfolgt danach keine so strenge Auswahl wie bei den sogenannten Volksheimstätten. Der Zweck ist vor allem, die Patienten wieder erwerbsfähig zu machen. Es finden sich daher viele, die wegen zu weit vorgeschrittener Erkrankung zur erfolgreichen Behandlung nicht mehr geeignet sind, bei denen es von Anfang an ausgeschlossen war, die Erwerbsfähigkeit auch nur für kurze Zeit wiederherzustellen. Die Zahl derselben beträgt 1947; es sind das 66,1 Proz. ungeeignete. Dennoch kann man im Hinblick auf das so sehr ungenügende Material mit den Ergebnissen wohl zufrieden sein; denn entlassen wurden: als sehr gebessert 42,8 Proz., als gebessert 42, als nicht gebessert 14,6, und gestorben sind nur 0,8 Proz. Als „sehr gebessert“ gelten diejenigen, welche an den Lungen nichts Krankhaftes mehr erkennen lassen und die in Privat-Lungenheilstätten als „geheilt“ bezeichnet zu werden pflegen. „Gebessert“ nennt man diejenigen, an denen der Krankheitsprozeß in den Lungen einen Stillstand erreicht hat, oder bei denen doch die Erwerbsfähigkeit für längere Zeit wiederhergestellt ist.

Verteilung zum Diebstahl. In der „Vossischen Ztg.“ stand dieser Tage folgende Anzeige: „Wir suchen für unser Bekleidungs-Fabrikationsgeschäft energischen zweiten Expedienten. Anfangsgehalt 40—45 Mark Abwesenheit unter W. K. 35 in der Expedition dieser Zeitung.“

Daß ein solcher Hungerlohn angeboten werden kann, beweist, wie schlimm es heute im Kaufmannsbetrieb aussieht und wie notwendig es für die Angestellten ist, gegen solche Zustände in der Organisation anzukämpfen, aber in einer Organisation, die sich ihrer Aufgabe nicht bewußt ist und nicht ihre Kraft darin erblickt, als Redakteur des Diebstahls sich hervorzutun, wie es vor kurzem gegenüber dem Centralverband der Handelsangestellten in einer Vertretung zu Tage trat.

Der „feinere Spielzettel“, über dessen skandalöses Treiben in der Sonntagnummer berichtet wurde, befand sich im Hause Hindersinstraße 14 und war unterhalten von der Witwe des im Hammerbischen Spielerprozeß weltlichstisch gewordenen alten ehrlichen Seemanns. Wenn ein Blatt berichtet, daß der aus diesem Falle entstehende Prozeß für eine Anzahl vornehmer und vornehmster Tagesblätter recht peinlich werden dürfte, so ist eine solche Nachricht wohl nicht sehr ernst zu nehmen. In Stuppelprozeß feineren Kalibers dringen die Namen der kompromittierten Wollwäster niemals in die Öffentlichkeit.

Von einer systematischen fortwährenden Hochschraubung der Arbeitslöhne spricht der Luxus-Möbelfabrikant Herr G. Reichensperger, 57, in einem Circular, in dem er seiner Kundeenschaft anzeigt, daß er vom 1. Oktober d. J. ab den Preis seiner Fabrikate um 5 Prozent erhöhen muß. Er begründet seine Mehrforderung wie folgt: „Veranlassung hierzu ist die schon seit langem anhaltende Preissteigerung sämtlicher Rohmaterialien, sowie die systematische, fortwährende Hochschraubung der Arbeitslöhne.“ — Schade, daß von diesem systematischen, fortwährenden Hochschrauben ihrer Löhne die betreffenden Arbeiter so wenig erfahren haben.

Schamhaftigkeit am Alexanderplatz. An den Säulen prangt jetzt ein Plakat für die französische Kunstausstellung der Akademie der Künste. Dieses war anfänglich von der Polizei verboten worden, weil das darauf abgebildete junge Weib mit entblößtem Oberkörper erschien. Eine persönliche Beschwerde wurde von einem Polizeiarbeiter abgewiesen. So mußte der Künstler auf den trefflich gelungenen Darstellung verzichten und die schönen Formen seiner Frauengestalt in ein Gewand einhüllen. Die Nacktheit ist bekleidet, die Sittlichkeit gerettet!

Ein verwegener Fluchtversuch aus der Moabiter Straf-anstalt hat sich, wie nachträglich bekannt wird, kürzlich ereignet. Als die Nachtpatrouille ihre Tour ging, hörte sie plötzlich am Boden eines Spazierhofes lautes Stöhnen und Wimmern. Beim Näherkommen fand die Patrouille daselbst einen der Sträflinge vor, der einen Ausbruch aus der Anstalt versucht hatte, dabei aber verunglückte. Wie die Ermittlungen ergaben, hatte der im zweiten Stock interniert gewesene Gefangene mittels einer ihm als Holzarbeiter zur Verfügung gestandenen Felle die Trappen an seinem Fellenfenster befestigt und einen Sprung in die Tiefe gewagt in der sicheren Hoffnung, glücklich unten zu landen und dann das Freie zu gewinnen. Der Verwegene hatte sich aber geirrt, denn bei dem Sprung brach er sich die Beine, verstauchte sich einen Arm und lag sich auch noch sonstige Verletzungen zu. Der schwer Verletzte wurde sofort in die Lazarettstation gebracht und dürfte seinen Leichtsin durch ein mehrmönatiges Krankenlager und die auf Fluchtversuch stehende Arreststrafe (mit Fesselung) büßen.

Von der reorganisierten Kriminalpolizei. Die Zeitungen melden: Die Nachforschungen nach den Räubern an der Oberpreze haben noch keinen Erfolg gehabt. Die Berliner Kriminalbeamten, die am Sonntag unter der Führung des Kommissars Damm in das in Betracht kommende Gelände entandt wurden, haben zunächst den Totbestand der verschiedenen räuberischen Ueberfälle festgestellt und die Sachen, die hier und da von den Räubern am Tatorte zurückgelassen worden sind, beiseite. Die Leute, die bisher in Grünau und Nimmelsburg festgenommen worden waren, mußten sie den betreffenden Ueberfallenen gegenübergestellt werden, wieder entlassen werden. In Köpenick befindet sich ein Mensch, der am „Teufelssee“ am Fuße der

Mäggeberge aufgegriffen wurde, noch in Haft. Bisher hat ihn aber noch keiner der Verurteilten als Mithäter wiedererkannt. — Die Nachforschungen nach den Mördern des Bildhauers Valentin sind bisher vollständig erfolglos verlaufen. Seit der Luth hat nun schon eine volle Woche verstrichen, aber noch selten hat die Kriminalpolizei so wenig Anhaltspunkte gehabt als diesmal. Nicht der geringste Anhalt ist dafür vorhanden, in welchen Kreisen die Täter zu suchen sind.

In dem Morde in der Wilhelmstraße wird noch berichtet, daß in Neuruppin zwei Männer, angeblich Italiener, als der Thäterhaft verdächtig festgenommen worden sind und vorläufig in Haft gehalten werden. Man ist noch dabei, über ihren Aufenthalt in Berlin alles zu erforschen, was sich nur ermitteln läßt. Bis jetzt ist aber noch nichts gefunden, was zu ihrer Ueberführung dienen könnte. Wahrscheinlich ist es nicht, daß man in den beiden Männern die Täter gefunden habe.

In der Valentinschen Mordsache teilt das Polizeipräsidium folgendes mit: In der Valentinschen Mordsache hat ein Zeuge, der erst seit einigen Wochen in Berlin ist, folgendes bekundet: In der Nacht vom 17. zum 18. d. Mts., nach 1 Uhr morgens, sei er von den Linden herkommend die Wilhelmstraße hinab gegangen. Hinter der Anhaltstraße habe er zwei Männer aus einem Hause heraus auf sich zukommen sehen. Er sei zwischen beiden hindurchgegangen. Hierbei habe er bemerkt, daß der Größere mit Blut besetzt und bespritzt gewesen sei und zwar hätten sich die Flecken auf den Kragenpartien des Ueberziehers, die Spritzen auf dem weißen Hemde unterhalb einer blauen Schleife befunden. Dies habe ihn veranlaßt, sich umzudrehen. Der Kleinere sei vorweggeeilt und sei er in dem Glauben, daß beide sich in Anstaltsgefangenen hätten und nun nochmals schlagen würden, ihnen gefolgt. Vor der Anhaltstraße habe der Große etwas in die Brusttasche des Ueberziehers stecken wollen. Bei diesem Versuche sei ein Gegenstand stützend zu Boden gefallen.

Bevor der Große sich noch gebückt, habe er, der Zeuge, den Gegenstand aufgehoben und ein am Kopfe umgeschlagenes Dreieck in die Hände gehabt. Der Verlierer habe sich ebenfalls gebückt und aus seiner Hand das Eisen in Empfang genommen. Bei dieser Gelegenheit habe er ferner gesehen, daß der Mann auf der linken Wade einen frisch blutenden Riß oder einen aufgeschmierten, von oben nach unten gehenden Blutstreifen gehabt habe. Er habe dem Betreffenden das Eisen mit den Worten „Sie sind wohl Schlächter?“ zurückgegeben, eine Antwort aber nicht erhalten.

Die beiden Personen seien, der Kleinere immer voraus, die Wilhelmstraße in die Höhe, dann die Linden entlang, in die Friedrichstraße hinein und nach dem Oranienburger Thor zu gegangen. Beim Passieren des Bahnhofs Friedrichstraße habe die in der Vorhubsführung befindliche Uhr zwei oder drei Minuten über 1/2 Uhr gezeigt. Am Oranienburger Thor sei der Kleinere auf die andere Straßenseite hinübergegangen und habe sich in die Einfahrtstraße eines Hauses in der Chausseestraße gestellt. Hierhin sei der Große ihm gefolgt. Er habe noch bis 2/4 Uhr an der Kormalure beobachtend gewartet, dann angenommen, daß beide in das Haus gegangen seien und sich durch die Elasterstraße nach seiner Wohnung begeben. Am nächsten Vormittage habe er in der Friedrichstraße durch ein Extrablatt an dem Wagen eines Händlers Kenntnis von dem Morde in der Wilhelmstraße erlangt, sich dorthin begeben und dann festgestellt, daß die von ihm bezeichneten Personen aus dem Hause Nr. 118, vor dem jetzt zwei Säuleleute Posten gestanden hätten, herabgekommen seien. Der Zeuge beschreibt diese Personen wie folgt:

1. Der Kleinere mittelgroß mit dunklem Jodetanzug und schwarzen, weichen Hut.
2. Der Größere: Alter etwa 30 Jahre, auffallend groß (1,80 bis 1,85 Meter) und kräftig, schmales blaues Gesicht mit stehendem Blick, langer Nase, dunkelblondem ziemlich starkem Schurdaar, die Enden aufwärts stehend. An der rechten Wade einen frischen blutigen Riß oder einen blutigen von oben nach unten gehenden Streifen. Kleidung: Modischer Sommerüberzieher, schwarzer, weicher Hut, blaue Krabatte in Schleifenform, weißes Vorhemde.

Schwere Brandwunden erlitt der Schuhmachermeister Hermann Widhoff, Moritzstr. 11, bei einem Wohnungsbrande, der Montagmittag dort zum Ausbruch kam. Während eine sogenannte Ausputzlampe auf dem Arbeitstische brannte, bestieg W. einen Schusterstempel, um von einem Regale einen Gegenstand herabzunehmen. Der Stuhl geriet ins Wanken und W. griff nach dem Regal, um sich zu halten. Hierbei wurde eine gefüllte Spiritusflasche herabgerissen, die an der Lampe explodierte, so daß sich der Spiritus auf W. ergoß. Auf die Hilferufe kam Frau W. herbei, die ihrem Mann sofort Decken überwarf und dadurch das Feuer erstickte. Ein zufällig am Hause vorübergehender Feuerwehrmann eilte die Treppe empor und begann die Lösungsarbeiten, noch bevor die alarmierte Feuerwehr herandrückte. Diese befestigte dann den Wohnungsbrand schnell und sorgte für vorläufige Verbindung des stark verbrannten B.

Brandstiftung wurde bei einem Kellerbrand konstatiert, der in der Nacht zum Sonntag Prinzenallee 70 zum Ausbruch kam. Es zeigte sich, daß sowohl die Thür der Kellerdecke, wie auch aufgeschichtetes Papier und Packmaterial mit Petroleum begossen war, während eine gefüllte Petroleumlampe, auf deren Explosion gerechnet war, in der Nähe stand. Glücklicherweise konnte das Feuer noch im Entstehen abgelöscht werden. Der Thäter ist bisher nicht ermittelt.

Feuer in der Kirche alarmierte gestern vormittag einen großen Teil der Feuerwehr. Kurz nach 11 Uhr sah der Kirchengeldner der Philippus-Apostelkirche Rauch aus dem Kellerraum herausschlagen. Im Keller hatte ein Holzstoh Feuer gefangen. Es gelang der Feuerwehr bald, das Feuer Herr zu werden.

Einen Ruchterbruch machte am Sonntagmorgen der Handelsmann Wilhelm Winkelmann, der unter dem Verdacht eines Pferdebstahls verhaftet wurde und sich als Polizeigefangener in der Charité befand. Winkelmann wurde vom Pförtner festgehalten und zurückgeführt.

Zur verhaftete ehemalige Bankier Max Krenndt ist von seiner Verletzung, die er sich mit dem Radiermesser beibrachte, so weit wieder hergestellt, daß er aus der ärztlichen Pflege entlassen werden konnte, wenn er auch noch immer den „wilden Mann“ spielt. Er ist daher gestern morgen von der Charité nach dem Untersuchungsgefängnis übergeführt worden. Ein Kriminalkommissar und ein Kriminalschuttmann legten ihm vorsichtshalber Fesseln an und brachten ihn so mit einer Droschke nach Moabit.

Strasenspernung. Die Wallnertheaterstraße von der Blumen- bis zur Inselstraße, einschließlich des halben Damms vor dem Grundstück Wallnertheaterstraße 34, wird behufs Asphaltierung von heute ab bis auf weiteres für Fußwege und Reiter gesperrt.

Der Weltkongreß der Impfsgegner ist am Sonntagmorgen unter starker Beteiligung — es waren 241 Delegierte, darunter 88 Ärzte, erschienen — eröffnet worden. Den Vorsitz führte Herr Professor Dr. Paul Förster, der bekannte Reichstags-Abgeordnete. Auf die Begrüßung desselben antworteten in kurzen Ansprachen Professor Dr. Voigt-Bern und der österröschische Reichsrats-Abgeordnete Professor Dr. Schlesinger. Es gelangten zuvörderst die Ausführungen des am Erscheinen auf dem Kongreß verhinderten Präsidenten der englischen „Antivaccinations-League“ Generals Pheelp zur Verlesung. Ebenso wurde ein Bericht des Armees-Artes Dr. Boucher verlesen, der in seinen Studien über die Pest den Grund für die Ausbreitung der Seuche in der Impfung gefunden haben will. In einem längeren Vortrage verbreitete sich Herr Dr. mod. Jozel-Brag über den Ursprung der Pocken, über die Lehre von der Schutzimpfung und über das Wesen der Pockenkrankheit. Der Redner wies darauf hin, daß bereits 1000 Jahre vor Christi Geburt in Indien die Pocken in ähnlicher Weise wie heute bekämpft wurden. An Stelle der Schutzimpfung, die den Grundfäden der Heilkunst

widerprüfte, müsse eine bessere Schutzpflege treten. Professor Dr. Voigt-Bern gab ein Referat über die Statistik der Impfsfrage; er versuchte nachzuweisen, daß eine Impfung mit Kuhpocken gegen Pocken überhaupt keinen Schutz gewähre. Herr Sanitätsrat Dr. Billfinger-Hirschberg führte aus seiner Praxis eine große Anzahl Fälle auf, in denen angeblich durch die Impfung folgenschwere Krankheiten entstanden seien. — Um 5 Uhr nachmittags wurde die Sitzung, der auch zahlreiche Gegner, namentlich aber viele Ärzte beizuwohnten, geschlossen und auf Montagmorgen vertagt.

Orgelkonzert. Frau Marie Kornath, Fräulein Wilma Enequist, der Gesell Herr Paul Trefl und Herr Ad. Schwiebelmann haben ihre Mitwirkung beim Orgelkonzert des Herrn Musikdirektor Otto Diemel in der Marienkirche am Mittwoch, den 27. September, mittags 12 Uhr, in Aussicht gestellt. Duette, Psalmen, Arien mit Cellobegleitung, Orgelpositionen von Bach, Rheinberger und Diemel u. a. kommen zur Aufführung. Der Eintritt ist frei.

Zur Linderung der fürchtbaren Schäden, die durch die Hochwasser-Katastrophe in Bayern entstanden sind, veranstaltet das Centralkomitee der Vereine des „Roten Kreuz“ eine Sammlung, über die das Nähere im Inseratenteil unseres Blattes mitgeteilt ist. Indem wir auf diese Bekanntmachung hinweisen, geben wir der Hoffnung Raum, daß auch unsere Leser, soweit sie dazu im Stande sind, den menschenfreundlichen Zweck der Veranstaltung nach Kräften unterstützen werden.

Die französische Kunstausstellung im Akademiegebäude wird von Donnerstag ab geöffnet sein. Für den öffentlichen Besuch von Donnerstag ab sind vorläufig die Stunden von 10 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends in Aussicht genommen.

Feuerbericht. In der Nacht zum Sonntag wurde die Feuerweh mehrfach in Anspruch genommen. Reinickendorferstraße 14 brannte eine Werkstätte, während Urbanstr. 65 ein Küchenbrand abzulösen war. Zimmerbrände machten Neue Gochstr. 25, Rauchstr. 70, Georgenkirchstr. 53 und Joffenerstr. 53 beseitigt werden. Ein brennender Strohwagen verursachte einen Alarm nach der Rothringstraße.

Aus den Nachbarorten.

Treptow-Baumshulenvog. Mittwoch ist bei Staffeldt, Baumshulenvogelstr. 84/85, Generalversammlung des Vereins „Vorwärts“.

Das Trümmerfeld der Explosion in Nixdorf wurde am Sonntag von vielen Tausenden besucht. Die eigentliche Unfallstelle konnte jedoch nicht besichtigt werden, weil Gendarmen sie noch immer absperren. Um dem Einsturz vorzubeugen, hat man mehrere Mauern stützen müssen.

Friedenan. In einem Konflikt in der Gemeindevertretung führte der Antrag der Vespungungskommission auf „teilweise Entfernung von Bäumen in verschiedenen Straßen“. Von mehreren Seiten wurde betont, daß die Bäume auf den Straßen viel zu dicht ständen und ihren Bestimmungen nicht entsprächen. Im Sommer sei es dunkel und im Winter hell; man bekomme nichts vom Himmelsticht zu sehen und wohne deshalb wie in einer Berliner Mietskasernen. Der Gemeindevorsteher erklärte, daß er zu einer solchen Maßnahme nie seine Zustimmung geben würde. Diese Bäume gewährten Schutz gegen Sonne und Regen. Er sei leidend beim Wetter ohne Schirm vom Amt trocken nach Hause gekommen; die Lauterstraße würde er bei Sonnenschein nicht passieren. Er als Gemeindevorsteher müsse auch die Interessen der Mieter vertreten und wolle nicht den Fluch der Nachwelt auf seine Schultern laden, denn ihm würde man später die Schuld geben. Als nach mehrstündiger Debatte der Kommissionsantrag zur Annahme gelangte, wurde vom Gemeindevorsteher der Beschluß auf Grund des § 88 der Landgemeinde-Ordnung beantragt. Sollte bis zur nächsten Sitzung eine Verständigung nicht erzielt werden, so muß sich der Kreis-ausschuß mit der „Baumfrage“ beschäftigen.

Eine folgenschwere Gaseklosion hat am Sonnabendabend in Potsdam im Hause Rauener Kommunikation 33, Ede Waffmplay, stattgefunden. Das Haus gehört dem Musiklehrer und Organisten Piesch, welcher daselbst erst kürzlich neu ausbauen und mit Gasleitung versehen ließ. Gasarbeiter waren am Sonnabend noch dort tätig und diese haben vielleicht den Hauptfaß der Gasleitung nicht verschlossen, so daß das Gas auf die Korridore ausströmen konnte. Als nun Piesch mit brennendem Licht in Begleitung seiner Mutter gegen 7 Uhr den Flur betrat, erfolgten hintereinander drei gewaltige Detonationen. Fräulein Piesch nebst Mutter wurden zu Boden geschleudert und erlitten erhebliche Brandwunden und Verletzungen durch Holz und Glasplitter an den Armen und im Gesicht. Durch den Luftdruck waren Hausthür- und Fensterscheiben zerplittert und teilweise bis über den Straßenniveau gestiegen, wo ein vorübergehender Arbeiter von ihnen derartig verletzt wurde, daß er zur Entfernung der Splitter das städtische Krankenhaus aufsuchen mußte.

Ueber einen noch ungeklärten Mord in Spandau machte der 50jährige Sattler Jobloska im Zustand der Teufelheit in Spandau so genaue Angaben und räumte sich damit, daß er den Thäter kenne, so daß er verhaftet wurde. Es handelt sich um die Ermordung einer wohlhabenden Frau, der Witwe Vogeler. Jobloska, der nach vieljähriger Abwesenheit jetzt in Spandau wieder aufgetaucht ist, hat sich, wie inzwischen ermittelt worden, auch zur Zeit des Mordes in Spandau aufgehalten. Man ist gespannt darauf, zu erfahren, in welchem Zusammenhang der Verhaftete mit jener noch immer in tiefes Dunkel gehüllten Bluttat steht.

In Köpenick ist eine Erziehung zur Stadtverordneten-Versammlung erforderlich, da unser Parteigenosse Stadtv. Richter am 1. Oktober nach Berlin zieht.

Eine Polizeiverordnung über die Beschäftigung von Kindern in gewerblichen Betrieben ist nun auch für den Umfang des Kreisbezirks Pankow unter Zustimmung der Gemeindevertretung als des Amtsansehers erlassen worden und wird soeben vom Amtsvorsteher veröffentlicht. Sie bestimmt folgendes: § 1. Kinder vor vollendetem 8. Lebensjahre dürfen mit gewerblichen Arbeiten irgend welcher Art nicht beschäftigt werden. § 2. Schulpflichtige Kinder dürfen in der Zeit von 8 Uhr abends bis 6 Uhr vormittags nicht zum Ausstragen von Waaren, Milch, Zeitungen oder anderen Gegenständen, zum Regelaufheben oder zu sonstigen Verrichtungen in Schaustellungen verwendet, sowie von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens mit anderen gewerblichen Arbeiten irgend welcher Art nicht beschäftigt werden. § 3. Schulpflichtige Kinder dürfen in Schaustellungen zur Bedienung der Gäste mit Speisen und Getränken nicht verwendet werden. § 4. Vorstehende Bestimmungen (§§ 1—3) finden keine Anwendung auf die Beschäftigung von Kindern in gewerblichen Betrieben der Eltern oder derjenigen Personen, in deren Haushalt die Kinder leben, soweit die Kinder in dem Haushalt beschäftigt werden. § 5. Mit Geldstrafe bis zu 9 M. oder der entsprechenden Haft werden bestraft: 1. Personen, die den Vorschriften der §§ 1—3 zuwider Kinder für ihre gewerblichen Betriebe beschäftigen, 2. Eltern oder Vormünder, die den Vorschriften der §§ 1—3 zuwider die Beschäftigung ihrer Kinder oder Pflegebefohlenen zulassen. § 6. Durch diese Polizeiverordnung wird die den gleichen Gegenstand betreffende Verordnung vom 12. August 1898 außer Kraft gesetzt. — Die Pankower Verordnung unterscheidet sich von der im August in Nixdorf erlassenen hauptsächlich durch zwei Punkte. Das Alter, bis zu dem gewerbliche Arbeit überhaupt verboten, ist für Nixdorf 10, für Pankow 8 Jahre, und der Zeitpunkt, vor dem das Morgens die Arbeit nicht beginnen darf, ist für Nixdorf im Sommer 1/2, im Winter 1/7 Uhr, für Pankow im Sommer und Winter 6 Uhr. Berlin ist bekanntlich, dank den menschlichen Anschauungen in der Stadtverordneten-Versammlung, für den Kinderdamm noch nicht reif.

Gerichts-Beitrag.

Polizei wider Militärbehörde. Gelegentlich einer Revision, welche in den Geschäftsräumen des Droghandlers Lamenauer vorgenommen wurde, wurde festgestellt, daß derselbe seit einer Reihe von

Jahren an die Dispensieranstalt eines hiesigen Garde-Regiments Droguen zu Verordnungen lieferte, welche im Kleinvertrieb nur in Apotheken abgegeben werden dürfen. Tannenlauer hatte sich deshalb vor der 130. Abteilung des Schöffengerichts wegen Gewerbevergehens zu verantworten. Der Droguenrevisor Dr. Lebbin führte als Sachverständiger aus, daß nach der kaiserl. Verordnung vom 18. Januar 1890 die fraglichen Droguen außerhalb der Apotheken nur im Engros oder an solche Staatsanstalten abgegeben werden dürfen, welche nicht zugleich Heilanstalten seien. Die in Rede stehende Dispensieranstalt sei aber eine Heilanstalt für Pferde, deshalb dürfe sie die fraglichen Droguen nur aus einer Apotheke beziehen. Der Angeklagte, der ja eine Apotheken-Konzession nicht besitze, habe jedoch ohne Erlaubnis das Apothekengewerbe betrieben. Auf Grund dieses Gutachtens beantragte der Staatsanwalt die Verurteilung des Angeklagten. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Sonnenfeld, wies darauf hin, daß die Dispensieranstalt unter der Leitung eines Ober-Pharmazie-Sachverständigen stehe und daß in derselben eine Reihe von Apothekern und Chemikern angestellt seien. Es sei doch an sich schon sehr unwahrscheinlich, daß alle diese sachverständigen Personen seit Jahren den Angeklagten zur Gesetzesübertretung angestiftet haben sollten. Weber die Willkürbehörde nach der Angeklagte hätten gefehlt, sondern das Gutachten des Dr. Lebbin gründe sich auf einer völlig irrigen Auslegung des Gesetzes. Der Verteidiger lud sodann den Nachweis zu liefern, daß die kaiserliche Verordnung nicht etwa den Großhandel mit dem Publikum freigebe und den Großhandel mit Staatsanstalten verbiete; das wäre ja ganz unverständlich. Vielmehr werde in der Verordnung der Großhandel schlechthin und außerdem auch der Kleinhandel mit Staatsanstalten freigegeben. Der Angeklagte dürfe seinen Großhandel mit der Dispensieranstalt auch dann betreiben, wenn sich diese gleichzeitig als Heilanstalt darstellt.

Der Gerichtshof schloß sich diesen Ausführungen an und erkannte auf Freisprechung.

Eine verbesserliche Stiefmutter stand gestern in der verheirateten Frau Maurerpolier Soldt, Vertha Auguste geb. v. d. Rixdorf, vor der vierten Strafkammer am Landgericht II, um sich wegen Mißhandlung ihres siebenjährigen Stiefsohnes Walter zu verantworten. Die Angeklagte ist im Jahre 1895 schon einmal zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden, weil sie das damals erst 3-jährige Kind unmenslich behandelt hatte. Am 10. Januar 1896 trat sie diese Strafe an, doch hat sie nur acht Tage verbracht, denn am 18. Januar 1896 wurde zur Feier des 25-jährigen Bestehens des Deutschen Reiches eine beschränkte Amnestie erlassen und zu den Begnadigten gehörte auch die Angeklagte. Vor kurzem ist sie aber vom Rixdorfer Schöffengericht wieder zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil sie ihren Stiefsohn neuerdings schwer mißhandelt hat. Dagegen hat die Angeklagte Berufung eingelegt und gestern griff sie zu dem in gleichen Fällen oft angewandten Mittel, das mißhandelte Kind als einen Anwand von Ungezogenheit und Verlogenheit darzustellen; die Nachbarn und der Lehrer des Knaben gaben demselben nur das Zeugnis eines stillen und sitzamen Kindes. Die Verlastungen, welche die Angeklagte in der Verhandlung vorgetragen hat, sind als ein Anwand von Ungezogenheit und Verlogenheit darzustellen; die Nachbarn und der Lehrer des Knaben gaben demselben nur das Zeugnis eines stillen und sitzamen Kindes. Die Verlastungen, welche die Angeklagte in der Verhandlung vorgetragen hat, sind als ein Anwand von Ungezogenheit und Verlogenheit darzustellen; die Nachbarn und der Lehrer des Knaben gaben demselben nur das Zeugnis eines stillen und sitzamen Kindes. Die Verlastungen, welche die Angeklagte in der Verhandlung vorgetragen hat, sind als ein Anwand von Ungezogenheit und Verlogenheit darzustellen; die Nachbarn und der Lehrer des Knaben gaben demselben nur das Zeugnis eines stillen und sitzamen Kindes.

Wird denn nun nicht dafür gesorgt werden, daß das arme Kind aus den Krallen der tohen Person befreit werde?

Verfassungen.

Die Formner und Berufsgenossen hielten am Sonntag eine stark besuchte Versammlung im Luisenstädtischen Konzerthaus ab, um über die weiteren Maßnahmen zu der geplanten Lohnbewegung zu beraten. Nach dem Bericht, den O. Käthe erstattete, sind die Forderungen, welche von den Formnern aufgestellt worden sind, dem Obermeister der Innung und dem Vorsitzenden des Verbandes der Metallwaren-Fabrikanten unterbreitet worden. Der Vorsitzende der neuwärtigen Arbeitzeiter wurde im allgemeinen zugestimmt, mit dem Hinweis, daß ja in den meisten Betrieben der Neuwerktag und teilweise noch eine längere Arbeitszeit für die Metallarbeiter eingeführt ist und daß demzufolge dies auch für die Formner angebracht sei. Die Forderungen sollten aber zunächst einer Versammlung der Gewerbetreibenden unterbreitet werden. Diese Versammlung, an der 22 Gewerbetreibende teilgenommen haben, hat nun am 20. September stattgefunden und ist als Resultat der Versammlung der Kommission folgendes Schreiben zugegangen:

Die am 20. September, abends, versammelte Versammlung der 22 Gewerbetreibenden ist einstimmig geneigt, den neuwärtigen Arbeitzeiter zu bewilligen, wenn derselbe auch den Formnern in allen übrigen Betrieben gewährt wird. Wir sind durchaus nicht gewillt, unsere Kundschafft den größeren Fabriken gegenüber konkurrenzunfähig zu machen, da bei einer verkürzten Arbeitszeit ein Lohnausfall, welcher naturgemäß danach eintreten muß, den Gehalt entsprechend verteuert. — Das Jahr 1896 hat uns gelehrt, daß in den großen Fabriken derartige Forderungen nicht ernsthaft zur Geltung gebracht wurden.

Das Resultat entspricht allerdings nicht den Erwartungen, weil angenommen wurde, daß die Einführung der 10stündigen Arbeitszeit die bedingungslose Zustimmung finden würde. In einer ganzen Anzahl von Betrieben sind die Forderungen den Unternehmern bereits unterbreitet, und teilweise ohne weiteres bewilligt worden. In anderen Betrieben ist ein Aufschub verlangt worden, bis von den Unternehmerorganisationen endgültige Beschlüsse gefaßt sind, und in einigen Fällen wurden die Forderungen abgelehnt. Wie Käthe weiter berichtete, besteht in 25 von 78 Gewerbetrieben bereits der Neuwerktag, in zwei ist die 9stündige, in einer die 10stündige Arbeitszeit eingeführt. Die vorgenommene Umfrage hat ergeben, daß die Gewerbetreibenden in fast allen Betrieben für die Lohnbewegung erklärten; mehrere wünschten, daß sofort in Aktion getreten werde, während in einigen Betrieben die Beschlußfassung noch in den nächsten Tagen erfolgen soll. Der Redner empfiehlt schließlich, nachdem er noch darauf hingewiesen hatte, daß alle Gewerbetreibenden einmütig eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse für notwendig erachten, von der allgemeinen Arbeitniederlegung vorläufig noch abzusehen, da anzunehmen ist, daß die Unternehmer die Einführung der neuwärtigen Arbeitszeit in ihrer nächsten Versammlung beschließen werden.

In der hierauf folgenden Diskussion vertraten mehrere Redner den Standpunkt, daß ein weiterer Aufschub nicht thunlich sei, sondern daß überall dort sofort die Arbeit niedergelegt werden müsse, wo die Forderungen nicht bewilligt worden sind. Das Vorgehen der Unternehmer beschränke sich nur auf die Verkleinerung der Lohnbewegung, um zunächst erst die notwendigen Arbeiten fertiggestellt zu bekommen. Wenn die Unternehmer wirklich geneigt wären, die Forderungen zu bewilligen, ohne daß die Arbeiter in den Ausstand treten, so hätten sie hierzu genug Zeit und Gelegenheit gehabt. Wie verschiedene Redner noch mitteilten, ist in mehreren Betrieben bereits der Beschluß gefaßt, die Arbeit am Montag (gestern) niederzulegen. In fast allen Betrieben werden auch alle übrigen Metallarbeiter, die Hilfsarbeiter mit einbezogen, die Arbeit zur Durchführung der formulierten Forderungen einstellen.

Käthe und Stobad traten auch andere Redner dafür ein, daß die sofortige Arbeitseinstellung unterbleibe und daß erst die weiteren Beschlüsse der Unternehmer abgewartet werden, die sich im Laufe dieser Woche ergeben müssen. Damit soll bewiesen werden, daß die Arbeiter stets zu einer Verständigung geneigt sind und den Streik nur als letztes Mittel zur Durchführung ihrer minimalen Forderungen betrachten. Kommt eine Einigung nicht zu

stande und sind die Unternehmer nicht gewillt, den Arbeitern entgegen zu kommen, so ist immer noch Zeit, in den Kampf, und zwar auf der ganzen Linie, einzutreten. Die Konjunktur ist für die in Betracht kommenden Betriebe eine andauernd günstige, so daß auch in dieser Beziehung keine Beschränkungen Platzgreifen brauchen. Hinzu kommt, daß die Gewerbetreibenden sehr gut organisiert und jederzeit bereit sind, für die aufgestellten Forderungen einzutreten, wenn dieselben seitens der Unternehmer keine Berücksichtigung finden. Nachdem noch von einem Redner mitgeteilt worden war, daß auch der Verband der Metallindustriellen nach Angabe eines Mitgliedes derselben für die Einführung der neuwärtigen Arbeitszeit sei, gelangte mit großer Majorität folgende Resolution zur Annahme: Die Versammlung beschließt: Am Montag den 25. September früh sind durch die Kollegen in allen Gewerbetrieben die Forderungen zu unterbreiten, mit der Maßgabe, daß der Beschluß spätestens Freitag früh den Kollegen schriftlich übermittelt werden muß, daß vom 1. Oktober d. J. ab der Neuwerktag in Kraft tritt. Die weiteren Schritte hat eine am nächsten Freitag (im Luisenstädtischen Konzerthaus) stattzufindende Versammlung zu regeln.

In denjenigen Betrieben, wo die Hilfsarbeiter organisiert sind und Forderungen stellen, soll gemeinsam mit denselben vorgegangen werden. In solchen Fällen, wo die Unternehmer erklären, die aufgestellten Forderungen unter keinen Umständen zu bewilligen, kann die Arbeit niedergelegt werden, nachdem, wie auch in allen anderen Fällen, der Kommission das Ergebnis mitgeteilt und beraten worden ist.

Die Tapezierer (Nord) hielten am 10. ihre Versammlung ab. Nachdem der vorbereitende Kollege Dr. Ose durch Erheben von den Seiten gebacht worden, wurde der Bericht über den Stand unserer Lohnbewegung gegeben. Es haben sich danach 13 Geschäfte mit 184 Kollegen daran beteiligt und ist alles, bis auf die Firma Töpfer, Charlottenstraße, wo die Kollegen sich noch im Ausstand befinden, bewilligt worden. Im weiteren wurde noch das Verhalten verschiedener Werkführer getadelt, indem dieselben jetzt schon versuchen, die bewilligten Forderungen illusorisch zu machen. Ebenso wird das Verhalten der Kollegen von Krönung, Kochstraße, gemißbilligt, indem dieselben, als sie Sonntag arbeiteten, bei Ueberforderung durch die Polizei feige vor derselben austräten, so daß die Beamten niemand vorfanden.

Charlottenburg. Am Donnerstag, den 21. September, tagte in der Gambirius-Brauerei eine Mitglieder-Versammlung des Wahlvereins. Genosse Sabot referierte über die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen. In der sich entspannenden Debatte traten sämtliche Redner für eine rege Beteiligung ein. Im weiteren wurde lebhaft Klage geführt, daß der „Vorwärts“ noch immer die Vororte speziell Charlottenburg so äußerst wenig berücksichtigt, es wird hierdurch auch unsere Agitation bedeutend erschwert, da den Gegnern eine täglich erscheinende Presse zur vollen Verfügung steht, es wäre daher zu wünschen, wenn auch der „Vorwärts“ den Charlottenburgern mehr Rechnung trüge, wie er doch auch ganz bedeutenden Raum für die sogenannten Parteifragen übrig hat.

Verzehr der Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäsche- und Kravattenbranche. Erste, Dienstag: Versammlung, Vortrag des Genossen Weber über „Krankheiten und Arbeitslosenversicherung“.

Vermischtes.

Vom Wetter. Die Temperatur ist in ganz Nord- und Mitteldeutschland erheblich gesunken. In der Eifel hat es in der Nacht zum Sonntag gefroren. In Landsberg a. W. ist die Temperatur bis auf + 0° Celsius gesunken, auch hat es dort am Sonntag schwach geschneit. Auch der Kamm des Riesengebirges hat sich mit frühem Schnee bedeckt.

Aus Hamburg wird berichtet: Infolge eines heftigen Weststurmwindes haben sich im Hafen und auf der Unter-Elbe verschiedene Schiffsunfälle ereignet. Mehrere Fahrzeuge, Ewer, Schuten u. dergl. sind zusammengestoßen, beschädigt worden und teilweise gesunken. Durch einen herabfallenden Mast wurde der Schiffer eines Ewers auf der Unter-Elbe beim Einlaufen in die Schwinge erschlagen. Infolge Hochwassers sind verschiedene Keller in den niedriger gelegenen Straßen der Hafengegend überschwemmt.

Schiffbruchig. Das deutsche Barkschiff „Neolya“ aus Hamburg, welches sich auf der Fahrt von Drammen nach Tjøhøe befand, ist bei Alesund (Närland) am Sonnabendabend gestrandet. Kapitän Aronin und ein Matrose sind ertrunken, die übrige Besatzung, acht Mann, wurde gerettet. Das Schiff ist vollständig verloren.

Die durch das Hochwasser verursachten Verkehrsstörungen in Bayern sind jetzt so weit wieder gehoben, daß die Orient-Expreszüge und auch die übrigen Expreszüge wieder verkehren können und daß laut amtlicher Mitteilung, der volle internationale Schnell- und Expreszugverkehr zwischen Bayern und Oesterreich wieder hergestellt ist.

In einem Konzertsaal in Enschede (Holland) ereignete sich Sonnabendabend während des Konzerts eine Gasexplosion. 12 Personen wurden verletzt, unter ihnen mehrere schwer.

Wie aus Athen gemeldet wird, ist während eines Feuerwerks, welches anlässlich der Jahresfeier der Thronbesteigung des Sultans vor der Wohnung des Kommandanten des zur Zeit im Piräus liegenden türkischen Geschwaders, Hassan Rami Pascha, abgebrannt wurde, eine Bombe explodiert. Eine Person wurde getötet, sieben schwer verletzt. Mehrere Armeemänner werden beschuldigt, die Bombe gelegt zu haben, die Urheber der Explosion sind indessen Feuerwerker des türkischen Geschwaders gewesen.

Unwetter in Spanien. Aus Granada, Sevilla und Carthagena wird heftiger Sturm gemeldet. Mehrere Personen sind verunglückt.

Das gelbe Fieber. In Key West sind vierzig neue Erkrankungen am gelben Fieber vorgekommen, von denen bisher drei zum Tode geführt haben. Das Wetter begünstigt die Ausbreitung der Krankheit. — Aus New Orleans wird berichtet: Todesfälle infolge gelben Fiebers sind hier seit Freitag nicht mehr vorgekommen, eine Person ist indessen neu erkrankt.

Marktpreise von Berlin am 23. September 1899

nach Ermittlungen des Hl. Polizeipräsidiums.

* Weizen D. Gr.	15,40	14,60	Schweinefleisch 1 kg	1,80	1,10
* Roggen	15,80	15,80	Rindfleisch 1 kg	1,60	1,10
Fruchtweizen	13,60	12,50	Sammelfleisch 1 kg	1,60	1,10
Hafer gut	15,00	14,40	Butter	2,60	2,80
mittel	14,30	13,90	Eier 60 Stk	4,50	2,80
gering	13,50	13,00	Rindfleisch 1 kg	2,20	1,20
Nachfrüh	4,00	3,50	Kälber	2,80	1,20
Heu	6,90	4,00	Hammer	2,00	0,90
Erbsen	40,00	25,00	Parade	2,20	1,00
Erbsenbohnen	50,00	25,00	Barde	1,80	0,80
Erbsen	70,00	30,00	Schote	2,50	1,20
Kartoffeln, neue	7,00	5,00	Veie	1,40	0,80
Rindfleisch, Rente 1 kg	1,80	1,20	Krebse per Schöl	12,00	2,00
do. Wachs	1,20	1,00			

* Ermittelt vor Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammern - Rollungsbüro - und umgerechnet von Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.
† Kleinhandelspreise.

*) Wir haben der Beschwerde unserer Charlottenburger Genossen gern Raum gegeben, obwohl wir sie nicht für berechtigt halten; zeigt sie doch, wie vielfältig sie an und herantretenden Wünsche sind. Aber nicht nur vielfältig, sondern einander direkt entgegenstehende Anforderungen werden an uns gestellt (wird und doch von anderer Seite vorgeworfen, daß wir nicht genug in „sogenannten Parteifragen“ machen); es ist darum wohl klar, daß wir nicht alle Wünsche voll auf befriedigen können.
Red. d. „Vorw.“

Produktenmarkt vom 23. September 1899. In Getreide herrscht rege Nachfrage. Roggen 20 1/2 - 2 M. an, Weizen circa 1 1/2 M. höher. Hafer gut bezahlt; das Angebot hält sich zurück. Hübel fast unverändert, ebenso Mais.
Am Spiritusmarkt ließ die Kauflust heute wieder nach, so daß die gehandelten 30 000 Liter der Socovorte zu 45 M., d. h. um 10 Pf. niedriger untergebracht wurden. Termine gaben etwa 30 Pf. nach.
Siederricht vom 23. September. Normale Ware je nach Qualität von 3,15 - 3,60 M. per Schock. Vorortierte kleine Ware je nach Qualität von 2,90 bis 2,95 M. per Schock. Kaffee je nach Qualität von — bis — M. per Schock. Tendenz: ruhig.
Kartoffelfabrikate. Feuchte Kartoffelstärke per 100 Kg. brutto incl. Sad 11,20 M. Prima trockene Kartoffelstärke per 100 Kg. brutto incl. Sad und Mehl 21,00 - 21,25 M. Supra trockene Kartoffelstärke — M. Kartoffelmehl per 100 Kg. brutto —. Prima Kartoffelmehl 21,00 bis 21,25 M., prompt —. M. per 100 Kg.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag abends von 6 bis 8 Uhr statt.

S. S. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags stimmte sich für die Beilegung des Jesuitengrabs.

Chignon. Erscheint in Wien VIII, Rängestr. 15, und bei G. F. W. Hof in Leipzig.

Cliffe. Der Griff.
H. G. S. Landwehrleute und Ersahreserven über 32 Jahre werden zu Übungen nicht herangezogen. Die Wehrpflicht ist in Deutschland wie folgt geregelt: Jeder wehrpflichtige Deutsche gehört 7 Jahre lang, in der Regel vom vollendeten 20. bis zum vollendeten 27. Lebensjahre dem stehenden Heere an, und zwar bei der Konallerie und der reisenden Artillerie die ersten drei, bei den übrigen Truppengattungen die ersten zwei Jahre bei der Fahne, die folgenden fünf bzw. vier Jahre der Reserve an. Die folgenden fünf Lebensjahre gehört der Wehrpflichtigen der Landwehr ersten Aufgebots und sodann bis zum 31. März desjenigen Kalenderjahres, in welchem das 30. Lebensjahr vollendet wird, der Landwehr zweiten Aufgebots an. Konalleristen und reisende Artilleristen dienen nur drei Jahre in der Landwehr ersten Aufgebots. Landwehr zweiten Aufgebots wird zu Übungen nicht herangezogen. Die Ersahreserve besteht aus bedingt Brauchbaren, wegen hoher Postnummer als überjährig nicht Eingestellten und auf Reklamation wegen ihrer bürgerlichen Verhältnisse Beschäftigten. Die Ersahreserve dient zur Ergänzung des Heeres bei Mobilisierungen und zur Bildung von Ersatztruppenteilen. Der Ersahreserve gehören die Wehrbesessenen vom 1. Oktober des Militärjahrs ab 19 Jahre an. Nach Ablauf der 12 Jahre treten die Ersahreservisten, welche geübt haben, zur Landwehr 2. Aufgebots, die anderen zum Landwehr 1. Aufgebots über. Die Ersahreservisten sind zu 3 Übungen (von je 10, 6 und 4 Wochen) verpflichtet. Der Landwehr 1. Aufgebots sind alle Wehrpflichtigen vom vollendeten 17. bis zum vollendeten 45. Lebensjahre, welche nicht geübt haben. Der Landwehr 2. Aufgebots sind 2 Aufgebots. Dem ersten Aufgebots gehört man bis zum 31. März des Jahres an, in welchem das 30. Lebensjahr vollendet ist, dem zweiten bis zum vollendeten 45. Jahre. Landwehrleute treten also in den Landwehr 2. Aufgebots über.
W. A. 66. Mit Ablauf von 4 Jahren nach Ablauf des Jahres, in dem die Wehrbesessenen fällig geworden sind, tritt Veränderung ein. — W. A. 7. 1. Sie sind zur Zahlung verpflichtet. 2. Wenn Sie im Jahre 1898 Stühle gekauft, seit 1896 nicht mehr darauf gezahlt und die Forderung auch seit dieser Zeit nicht anerkannt haben, so ist die Forderung verjährt, falls Sie nicht etwa inzwischen verstorben waren. — W. A. 1. Jeder ist zur Räumung verpflichtet. 2. Ja. 3. Ja. — R. W. Daraus können schwere Beweislagen entstehen: sprechen Sie gelegentlich in der Sprechstunde vor. — G. G. 16. Der Wirt hat das Recht nicht, er hat sich das Hausfriedensbruchs schuldig gemacht und ist auf freien Antrag strafbar. — Emil Oetner, Jura. — G. W. 58. 1. Ja, die Klage hätte Aussicht auf Erfolg. 2. Nein. — C. 1000. Das wissen wir nicht. — H. C. Mitglieder einer Innung, für welche ein Schiedsgericht errichtet ist, sowie deren Arbeiter, sind als Gewerbegerichts-Besitzer oder „Wähler“ nach Wahlrecht. Ein Mitglied des Gewerbegerichts, hinsichtlich dessen Umstände eintreten, welche die Wählbarkeit zu dem von ihm bestelltem Amt nach dem Gesetz ausschließen, ist des Amtes zu entsetzen. Die Frage, ob ein Mitglied einer Innung Gewerbegerichts-Besitzer sein kann, ist also dahin zu beantworten: hat die Innung, der der Angelegte angehört, ein Schiedsgericht, so kann er nicht zum Gewerbegerichts-Besitzer gewählt werden; erachtet die Innung, der der Angelegte und Gewerberichter angehört, ein Schiedsgericht, so geht er seines Gewerbegerichts-Amtes verlustig; hat die Innung kein Schiedsgericht, so kann ihr Mitglied Gewerbegerichts-Besitzer werden und bleiben. Es ist das ein Zustand, der durch Beilegung der Innungs-Schiedsgerichte beendet wird durch eine dahingehende Bestimmung, daß die einmal erworbene Richterstelle nicht durch nachträglichen Eintritt in eine Innungs-Arbeitsstelle verloren gehen könne oder daß sie nur ruhen solle, so lange der Gewählte bei einer Innung Arbeit hat, für deren Arbeiter ein Schiedsgericht besteht ist.

Witterungsübersicht vom 23. September 1899, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Wolken- höhe	Wetter	Temp. in C.	Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Wolken- höhe	Wetter	Temp. in C.
Eisenwende	754	SW	3	bedeckt	10	Saparanda	753	G	2	wolfig	8
Hamburg	753	SW	3	Regen	8	Veitroburg	754	SW	1	Regen	11
Berlin	756	SW	3	wolfig	9	Sofit	758	SW	3	wolfig	13
Wiesbaden	757	SW	3	Regen	10	Aberdeen	751	SW	2	bed.	9
München	764	SW	5	bed.	9	Paris	761	SW	3	Regen	14
Wien	764	SW	1	bed.	8						

Wetter-Prognose für Dienstag, den 26. September 1899.
Ein wenig wärmer, zeitweise heiter, vielfach wolfig mit Regenschauern und teilschweren südwestlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Am 22. d. M. verstarb nach langen, schweren Leiden mein lieber Mann, unser Vater, der Obermeister
Richard Goeritz.
Die Beerdigung findet am Dienstag, nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofs Kirchhof in Rixdorf, Schönhausen (Nordend) aus statt.
Frau Goeritz nebst Kindern.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler
H. Haubold,
am Sonnabend, den 23. September, plötzlich verstorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 27. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses am Urban und nach dem Thomas-Kirchhof in Rixdorf statt.
Um rege Beteiligung ersucht.
122/4 Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.
Hierdurch die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, geb. Stibane, nach kurzem Krankenlager verstorben ist. Die Beerdigung findet Mittwoch, den 27. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle der Westmannen-Gemeinde, Nieder-Schönhausen aus statt.
Der trauernde Gatte
Ernst Schlessner, Putzer.

Danksagung.
Für die vielen Beweise der Teilnahme bei dem Ableben meines lieben Vaters, unseres guten Vaters
Julius Danmann
sowie für die zahlreiche Beteiligung, die herrlichen Kranzgebilde, die dem Gesangverein, dem Sozialdemokratischen Verein der West- und Schönhausen, sowie allen Genossen und Genossinnen, Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank.
[30602]
Frau Louise Raumann und Kinder.

Kranzbinderei u. Blumenhandlung von [24740]
Robert Meyer,
No. 2, Mariannenstr. No. 2.
Wohnungs-Franze, Quirländer, Weißgeschmack, Bouquet etc. werden sehr geschmackvoll und preiswert geliefert.

Blumenhandlung
und Kranzbinderei von [23519]
Otto Knabe
10a Admiral-Strasse 10a
empfiehlt Wohnungsfürze, Sträuße, Kettens, Topfgewächse aller Art

Socialdemokratischer Wahlverein
für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Dienstag, den 26. September, abends 8 1/2 Uhr,
im Wedding-Kasino (Inhaber: Franz Kleinert), Schulstraße 27:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen und die Tätigkeit der
Socialdemokraten im neuen Hause. Referent: Genosse Martialis. 2. Dis-
kussion 3. Vereinsangelegenheiten. 248/3
Gäste haben Zutritt.

Achtung! Achtung!
Holzbildhauer.
Dienstag, den 26. September, abends 8 Uhr, in Sieghard-
Kassalen, Andreasstr. 21,
Oeffentl. Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Lohnkommission über den Stand der Bewegung
2. Regelung der Unterfügungsfrage. 3. Verschiedenes. — Erscheinen fami-
liärer Kollegen erwünscht. Die Lohnkommission.
NB. Die Vereinsversammlung fällt zu Wunschen der öffentlichen Ver-
sammlung aus. 21/8

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Dienstag, den 26. September, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal
des Herrn Meier, Steinwegstraße 55:
Bezirksversammlung für Rixdorf.
Tages-Ordnung: Vortrag des Kollegen Scheffler.

Klempner.
Mittwoch, den 27. September, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal
des Herrn Cohn, Venzelstraße Nr. 19/21:
Vertrauensmänner-Konferenz
Jede Werkstatt muß vertreten sein.

Mittwoch, den 27. September, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal
des Herrn Gohmann, Kreuzbergstraße 48:
Bezirks-Versammlung
für den
Westen, Südwesten, Schöneberg und Tempelhof.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Ingenieurs Herrn Dr. Warm über: „Die Pflege
der Augen bei den Metallarbeiten“ (mit Demonstrationen und Ab-
bildungen). 2. Neuwahl der Bezirksleitung.
Die Ortsverwaltung.

Verband der in Buchbindereien,
der Papier- und Leder-Galanteriewaren-Industrie
beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.
Dienstag, den 26. September, abends 8 1/2 Uhr, im
Lokal des Herrn Herzberg, Alie Jakobstr. 73:
Branchenversammlung
der Kontobuch-Arbeiter und -Arbeiterinnen.
Tages-Ordnung:
1. Der Streik in der Kontobuch-Fabrik von Moritz
& Kummer. 2. Die Lage der Arbeiterinnen in den Kontobuch-
Fabriken. 3. Wünsche und Angelegenheiten. 25/9
Das vollständige Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen
dieser Branche ist dringend notwendig. Sämtliche Kontobuch-Arbeiter und
-Arbeiterinnen müssen in dieser Versammlung anwesend sein.
Der Vertrauensmann.

Vergolder.
Mittwoch, den 27. September, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale
„Armin-Hallen“, Kommandantenstraße Nr. 20:
Gr. öffentliche Versammlung
aller im
Vergolder-Gewerbe beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen.
Tages-Ordnung:
1. Besondere Bericht des Vertrauensmannes. 2. Neuwahl des Vertrauens-
mannes. 3. Die Antwort der Arbeitgeber der Metallbranche. 4. Ver-
schiedenes. 227/3
Der Vertrauensmann der Vergolder Berlins.

Schmiede!
2 öffentliche Versammlungen
Dienstag, den 26. September, abends 8 1/2 Uhr,
in den Bornika-Kassalen, Aliestr. 6-7. Referent: Genosse Knäpfer.
Mittwoch, den 27. September, abends 8 1/2 Uhr,
bei Möring, Admiralsstraße Nr. 18 c. Referent: Genosse Jahn.
Tages-Ordnung in beiden Versammlungen:
1. Die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation. 2. Dis-
kussion 3. Verschiedenes. 176/7
Zahlreichen Besuch, besonders der Anstellungsstellen-Gesellen, erwartet.
Der Vertrauensmann.

Töpfer!
Mittwoch, den 27. September 1899, abends 6 Uhr, bei Buske,
Grenadierstraße Nr. 33:
Sitzung der Baudenputierten.
Tages-Ordnung:
1. Welche Tätigkeiten haben wir bei unseren Streiks in Anwendung zu
bringen? 2. Gewerkschaftsfrage.
Bei der Wichtigkeit der Tages-Ordnung muß jeder Bau vertreten sein.
Die Lohnkommission. 3 A. H. David.
198/15

Cohns Festsäle, Beuthstrasse 20
Amt I, 1722.
Empfiehlt meine Festsäle mit Bühne, von 100-1000 Personen fassend,
zu Versammlungen und Festlichkeiten.
Sonnabende und Sonntage im September und Oktober noch zu haben.

Aufruf!
Die Hochwasser-Katastrophe hat das bayerische Land auf das schwerste
heimgesucht und unermesslichen Schaden angerichtet. Die Not ist groß und
erfordert sofortige Hilfeleistung. Das Central-Komitee des Deutschen
Vereins vom roten Kreuz hat eine Sammlung von Geldspenden ver-
anstaltet, deren Ergebnis dem Central-Hilfs-Komitee in München zu über-
weisen ist. Die Berliner Bürgerwehr hat jederzeit bewiesen, daß sie ein
warmes Herz besitzt und in reichem Maße zur Verrichtung unerschütterlicher
Tat beitragen kann. Wir sind uns gewiß, daß wir auch heute
nicht versagen an den so oft bewährten Wohlthätigkeitsgeist der Reichs-
bürger sprichwörtlich und durch unsere Mitglieder herzlich zur Verrichtung
der schweren Tat nach Maßgabe ihrer Kräfte beitragen. Ein lebens-
wichtiges Dasein haben die nachdenklichen Firmen sich bereit erklärt, die für
diesen Zweck bestimmten Gaden in Empfang zu nehmen. — Neben den Ge-
sungen der Spenden wird in der Presse ein Nachschick überreicht
werden.
Berlin, den 27. September 1899.
Der Vorstand des Vereins vom roten Kreuz.
Für Entgegennahme von Geldspenden sind bereit:
Anhalt & Vagoner Nachfolger, Wilhelmstr. 5. Bank für
Handel und Industrie, Schillingplatz 12. Berliner Bank,
Nagelstr. 9. Berliner Handelsgesellschaft, Hauptstraße 42.
S. Bleichröder, Behrenstr. 9. Breslauer Disconto-Bank,
Gartenstraße 39. Bors & Lamm, Behrenstr. 31. Direktion der
Disconto-Gesellschaft, Unter den Linden 35. Deutsche
Bank, Behrenstraße 8/13. Dresdner Bank, Behrenstraße 34/39.
Deutsche Genossenschaftsbank, Soergel, Parrisius &
Co., Charlottenstr. 35a. Hermann Gerson, Herdener Markt.
Rudolph Herzog, Wilhelmstr. 15. F. W. Krause & Co.,
Friedrichstr. 45. V. Mähnelmer, Oberwallstr. 67. Mitteldutsche
Kreditbank, Behrenstr. 2. Nationalbank für Deutsch-
land, Behrenstr. 33/34a. Jacob Mayon & Söhne, Wallstraße 8/8.
A. Schaffhausen'scher Bankverein, Hauptstraße 53.
Bankgeschäft Gebr. Schickler, Weinstraße 15. Schult-
heiss Brauerei-Alte-Gen., Behrstr. 26.
Außerdem ist jedes Mitglied bereit, Beiträge entgegenzunehmen.

Freireligiöse Gemeinde.
(Zum Besten des Sanfonds.)
Sonnabend, den 30. September d. J., abends, in Kellers
großem Festsaal, Köpenickerstraße 29:
Direktor F. S. Archenhold
(Triplow-Zierwarte):
„Der Welten Entstehen und Vergehen“.
Großer astronomischer Projektions-Vortrag
mit zahlreichem
Licht- und Drehbildern.
— Vor dem Vortrag, während der Pausen und nach dem Vortrag: —
Instrumental- u. Vokal-Konzert
unter Mitwirkung des gemischten Chors der Freireligiösen Gemeinde.
Nachher: **TANZ.**
Anfang des Konzerts 8 Uhr, des Projektions-Vortrages 9 Uhr.
Eintrittskarten a 25 Pf. sind in den bekannten mit Plakaten ver-
sehenen Verkaufsstellen der Freireligiösen Gemeinde, sowie bei folgenden
Wohlthätigen der Bauhausmann zu haben: A. Hoffmann, Blumenstr. 14;
W. Ross, Am Oberbaum 2; G. Waage, Silberbergstraße 48. 102/4
Die Mitglieder werden ersucht, sich baldigst
mit Eintritts-Karten zu versehen, da eine
Tageskasse nicht stattfindet.

Achtung! Achtung!
Am Mittwoch, den 27. September, abends 7 Uhr, im Lokal
„Armin-Hallen“, Kommandantenstraße 20:
Baudenputierten-Sitzung.
Es ist Pflicht der arbeitenden Kollegen, dafür Sorge zu tragen, daß
jeder Bau vertreten ist. 191/18
Die Lohnkommission.

Süd-Ost. Achtung! Süd-Ost.
Donnerstag, den 28. September, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal
des Herrn Brüder, Waldemarstraße 75:
Versammlung
des Konsumvereins „Berlin-Rixdorf“
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Stadtverordneten Conrad über: „unser Ver-
fahren“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Mitglieder haben als Gäste Zutritt. Der Vorstand. 269/7

Achtung! Böttcher. Achtung!
Mittwoch, den 27. September, abends 8 1/2 Uhr:
Oeffentl. Versammlung
bei Wille, Andreasstraße Nr. 26.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Bruno Poesch. 2. Diskussion. 3. Die
katholischen Predigten. 4. Gewerkschaftliches. 5. Verschiedenes.
Das Erscheinen aller Mitglieder Berlins ist notwendig. Auch die Kolon-
organisierten sind hierzu eingeladen. Der Vertrauensmann.

**Ausstellung von Gaselblyt-
und Fernzündern**
ist in den Räumen der Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft,
Eingang Zimmerstraße Nr. 25 I. Etage, vom 26. September ex ab, vor-
mittags 11 Uhr bis nachmittags 5 Uhr geöffnet. Die Besichtigung steht dem
Publikum gratis zur Verfügung und ist jedermann, besonders Besitzern von
Schiffen, zu empfehlen.

Arbeiter-Berufskleidung
für jedes Gewerbe passend. 20020*
Beste Qualitäten.
Neu! Arbeiter-Schutzhose Neu!
jede Gefahr im Maschinenbetrieb ausgeschlossen, empfiehlt
F. Nahrstedt, Wrangelstr. 40/41.

Trinkt vom Fass!
Goldklares Weissbier
aus der Weißbier-Brauerei „Friedrichstadt“ 24800*
Julius Borsdorf, Neue Königstraße 31/32.
Es ist das beste Weissbier und wird stets ohne Wasserzusatz verkauft!

Kurbad Meyershof.
Hofstr. 132/133.
Neu! Neu!
Loh-Tannin-, Dampf-
Heissluft- und andere
Bäder. medizinische
für sämtliche Krankheits-
zustände für Damen u. Herren
bis abends 9 Uhr. [2503L*]

5 1/2 Pfd. Brot 50 Pfg.
H. Albrecht's
Bäckerei
Wrangelstr. 9. Krantzstr. 19.
Faldenkellerstr. 28. Pauli-Becker. 2.

Möbel
auf 25500*
Abzahlung
so billig wie baar.
Eigene Polsterwerkstatt.
Gr. Frankfurterstr. 1
Frankfurter Thor,
Ecke Frieden-Strasse.
J. Ostrowski jun.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahn-
ziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilzahl. wöchentl. 1 M.
Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spracher. 9-7.

Unterrichten Sie sich!
Über das Mietrecht nach dem neuen Bürgerlichen Gesetzbuch. Erschöpfende
Kaufmann überblickt die Praxis: 25102*

Die Rechte und Pflichten des Mieters
von Rich. Lipinski. Preis einschließlich Porto 28 Pfennige. Zu be-
ziehen durch alle Buchhandlungen und den Verlag von Rich. Lipinski,
Leipzig, Reudnitzstraße 11.

B. Günzel, Lothringerstr. 52. Spezialität: Porträts
socialistischer Führer,
Tosalle, Marx etc. in Gips, Stein, Gips, Bronze, Silber, Gold,
Alber u. dgl., sowie jede Drechselwaare u. Repar. (Man verl. Preisdruck).

Möbel auf Teilzahl. Oranienstr. 181.
Constant H. & M. Lewent. Beamten
Zahlw. Ver. ohne Zusatz.
Berufsprüfung: Amt IV. 147.

Einsegnungs-Anzüge 12-27 M.
Schneidermeister,
M. Schulmeister, Dresdenerstr. 4. am
1. Okt. 20.

Möbel und Polsterwaren. Grobes Lager.
Arbeit, außerst billige A. Schulz,
Preis, empfiehlt.
Reichenbergerstr. 5. Auch Teilzahlung!

Für 36 Mark
fertige feine Winter-Paletots nach
Maß für 30 Mark solche An-
züge nach Maß für 8-12 Mark
feine Hose nach Maß. 26710*

Stausenstr. 14, I. kein Laden.
Diesen Stofflager.
Stausenstr. 14, I. kein Laden.

Möbel auf Teilzahlung.
J. Kellermann,
Prinzstr. 97,
parterre, Eingang vom Platz. 1*

Fahrräder
Stets großes Lager
erstklassiger Fabri-
kate auf Teilzahl.
ohne Verzinsung in den
konstanten Zahl-
bedingungen.
Katal. gratis.

Adomeit & Landan
Lothringerstr. 48 I.
Dicht am Rosenthaler Thor.

Sophastoffe
und Kasse
in Nids. Damast, Crepe,
Pannasie, Gobelins und
Wollstoffbillig! 24200*
Probieren franco!
Länderstoffe in allen Qualitäten
zu Fabrikpreisen.
Berlin S.,
Oranienstr. 158.

Gänsefedern 60 Pf.
pr. Pfd. (gibt es von 1000)
Schlafkissen, wie für 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20,
21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40,
41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, weiß
blass, Dunnen III. 5,00, ge-
wöhnlich Dunnen III. 1,50, 2,00,
2,50. Prima gefüllte III. 3,00,
3,50. Dresden gegen Nachnahme.
Berlin S.,
Gustav Lustig, Oranienstr. 46.
Echt Bettfedernfabrik u. viele
sonstige. Die Anfertigungsfabrik.

**Arbeiter-
Notizkalender**
1900
Geb. 60 Pfg. — Porto: 10 Pfg.
Aus dem Inhalt haben wir hervor-
zuheben: Bürgerliche Gesetzbuch
Vertrauensmann, Unterfügung,
Wahlrecht der Arbeiter und
Arbeitgeber, uneheliche Kinder, Erb-
recht, — 21.
Reichstagswahlen von 1898
mit Angabe der in jedem Wahl-
kreise auf jede Partei abgegebene
Stimmen, unter Beibehaltung
der sozialdemokratischen Stimmen
und Prozentanteile von 1898. —
Portraits und Biographien
der sozialdemokratischen
Reichstags-Abgeordneten.
Die sozialdemokratischen
Landtagsabgeordneten in den
einzelnen Bundesstaaten. —
Arbeiter und Arbeitgeber der
Fabrikindustrie, der deut-
schen Gewerkschafts-Organisa-
tionen und Arbeitervereine, die
Hilfsvereine für Kranken-
sicherung, Pensionen und
Krankengeldern u.
Wie die früheren Jahrgänge dürfte
auch der für 1900 seine Freunde be-
friedigen. Der Verlag wird insbeson-
dere bestrebt, auch den diesjährigen
Kalender zu einem
praktischen Nachschlagewerk
für Gewerkschaften
zu gestalten.
Buchhandlung Bornwies
Berlin SW., Friedrichstr. 2.

Die Rechte und Pflichten des Mieters
von Rich. Lipinski. Preis einschließlich Porto 28 Pfennige. Zu be-
ziehen durch alle Buchhandlungen und den Verlag von Rich. Lipinski,
Leipzig, Reudnitzstraße 11.

B. Günzel, Lothringerstr. 52. Spezialität: Porträts
socialistischer Führer,
Tosalle, Marx etc. in Gips, Stein, Gips, Bronze, Silber, Gold,
Alber u. dgl., sowie jede Drechselwaare u. Repar. (Man verl. Preisdruck).

Möbel auf Teilzahl. Oranienstr. 181.
Constant H. & M. Lewent. Beamten
Zahlw. Ver. ohne Zusatz.
Berufsprüfung: Amt IV. 147.

Einsegnungs-Anzüge 12-27 M.
Schneidermeister,
M. Schulmeister, Dresdenerstr. 4. am
1. Okt. 20.

Möbel und Polsterwaren. Grobes Lager.
Arbeit, außerst billige A. Schulz,
Preis, empfiehlt.
Reichenbergerstr. 5. Auch Teilzahlung!

Für 36 Mark
fertige feine Winter-Paletots nach
Maß für 30 Mark solche An-
züge nach Maß für 8-12 Mark
feine Hose nach Maß. 26710*

Stausenstr. 14, I. kein Laden.
Diesen Stofflager.
Stausenstr. 14, I. kein Laden.

Möbel auf Teilzahlung.
J. Kellermann,
Prinzstr. 97,
parterre, Eingang vom Platz. 1*

Fahrräder
Stets großes Lager
erstklassiger Fabri-
kate auf Teilzahl.
ohne Verzinsung in den
konstanten Zahl-
bedingungen.
Katal. gratis.

Adomeit & Landan
Lothringerstr. 48 I.
Dicht am Rosenthaler Thor.

Sophastoffe
und Kasse
in Nids. Damast, Crepe,
Pannasie, Gobelins und
Wollstoffbillig! 24200*
Probieren franco!
Länderstoffe in allen Qualitäten
zu Fabrikpreisen.
Berlin S.,
Oranienstr. 158.

Gänsefedern 60 Pf.
pr. Pfd. (gibt es von 1000)
Schlafkissen, wie für 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20,
21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40,
41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, weiß
blass, Dunnen III. 5,00, ge-
wöhnlich Dunnen III. 1,50, 2,00,
2,50. Prima gefüllte III. 3,00,
3,50. Dresden gegen Nachnahme.
Berlin S.,
Gustav Lustig, Oranienstr. 46.
Echt Bettfedernfabrik u. viele
sonstige. Die Anfertigungsfabrik.

**Arbeiter-
Notizkalender**
1900
Geb. 60 Pfg. — Porto: 10 Pfg.
Aus dem Inhalt haben wir hervor-
zuheben: Bürgerliche Gesetzbuch
Vertrauensmann, Unterfügung,
Wahlrecht der Arbeiter und
Arbeitgeber, uneheliche Kinder, Erb-
recht, — 21.
Reichstagswahlen von 1898
mit Angabe der in jedem Wahl-
kreise auf jede Partei abgegebene
Stimmen, unter Beibehaltung
der sozialdemokratischen Stimmen
und Prozentanteile von 1898. —
Portraits und Biographien
der sozialdemokratischen
Reichstags-Abgeordneten.
Die sozialdemokratischen
Landtagsabgeordneten in den
einzelnen Bundesstaaten. —
Arbeiter und Arbeitgeber der
Fabrikindustrie, der deut-
schen Gewerkschafts-Organisa-
tionen und Arbeitervereine, die
Hilfsvereine für Kranken-
sicherung, Pensionen und
Krankengeldern u.
Wie die früheren Jahrgänge dürfte
auch der für 1900 seine Freunde be-
friedigen. Der Verlag wird insbeson-
dere bestrebt, auch den diesjährigen
Kalender zu einem
praktischen Nachschlagewerk
für Gewerkschaften
zu gestalten.
Buchhandlung Bornwies
Berlin SW., Friedrichstr. 2.

Die Rechte und Pflichten des Mieters
von Rich. Lipinski. Preis einschließlich Porto 28 Pfennige. Zu be-
ziehen durch alle Buchhandlungen und den Verlag von Rich. Lipinski,
Leipzig, Reudnitzstraße 11.

B. Günzel, Lothringerstr. 52. Spezialität: Porträts
socialistischer Führer,
Tosalle, Marx etc. in Gips, Stein, Gips, Bronze, Silber, Gold,
Alber u. dgl., sowie jede Drechselwaare u. Repar. (Man verl. Preisdruck).

Möbel auf Teilzahl. Oranienstr. 181.
Constant H. & M. Lewent. Beamten
Zahlw. Ver. ohne Zusatz.
Berufsprüfung: Amt IV. 147.

Einsegnungs-Anzüge 12-27 M.
Schneidermeister,
M. Schulmeister, Dresdenerstr. 4. am
1. Okt. 20.

Möbel und Polsterwaren. Grobes Lager.
Arbeit, außerst billige A. Schulz,
Preis, empfiehlt.
Reichenbergerstr. 5. Auch Teilzahlung!

Für 36 Mark
fertige feine Winter-Paletots nach
Maß für 30 Mark solche An-
züge nach Maß für 8-12 Mark
feine Hose nach Maß. 26710*

Stausenstr. 14, I. kein Laden.
Diesen Stofflager.
Stausenstr. 14, I. kein Laden.

Möbel auf Teilzahlung.
J. Kellermann,
Prinzstr. 97,
parterre, Eingang vom Platz. 1*

Fahrräder
Stets großes Lager
erstklassiger Fabri-
kate auf Teilzahl.
ohne Verzinsung in den
konstanten Zahl-
bedingungen.
Katal. gratis.

Adomeit & Landan
Lothringerstr. 48 I.
Dicht am Rosenthaler Thor.

Sophastoffe
und Kasse
in Nids. Damast, Crepe,
Pannasie, Gobelins und
Wollstoffbillig! 24200*
Probieren franco!
Länderstoffe in allen Qualitäten
zu Fabrikpreisen.
Berlin S.,
Oranienstr. 158.

Gänsefedern 60 Pf.
pr. Pfd. (gibt es von 1000)
Schlafkissen, wie für 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20,
21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40,
41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, weiß
blass, Dunnen III. 5,00, ge-
wöhnlich Dunnen III. 1,50, 2,00,
2,50. Prima gefüllte III. 3,00,
3,50. Dresden gegen Nachnahme.
Berlin S.,
Gustav Lustig, Oranienstr. 46.
Echt Bettfedernfabrik u. viele
sonstige. Die Anfertigungsfabrik.

**Arbeiter-
Notizkalender**
1900
Geb. 60 Pfg. — Porto: 10 Pfg.
Aus dem Inhalt haben wir hervor-
zuheben: Bürgerliche Gesetzbuch
Vertrauensmann, Unterfügung,
Wahlrecht der Arbeiter und
Arbeitgeber, uneheliche Kinder, Erb-
recht, — 21.
Reichstagswahlen von 1898
mit Angabe der in jedem Wahl-
kreise auf jede Partei abgegebene
Stimmen, unter Beibehaltung
der sozialdemokratischen Stimmen
und Prozentanteile von 1898. —
Portraits und Biographien
der sozialdemokratischen
Reichstags-Abgeordneten.
Die sozialdemokratischen
Landtagsabgeordneten in den
einzelnen Bundesstaaten. —
Arbeiter und Arbeitgeber der
Fabrikindustrie, der deut-
schen Gewerkschafts-Organisa-
tionen und Arbeitervereine, die
Hilfsvereine für Kranken-
sicherung, Pensionen und
Krankengeldern u.
Wie die früheren Jahrgänge dürfte
auch der für 1900 seine Freunde be-
friedigen. Der Verlag wird insbeson-
dere bestrebt, auch den diesjährigen
Kalender zu einem
praktischen Nachschlagewerk
für Gewerkschaften
zu gestalten.
Buchhandlung Bornwies
Berlin SW., Friedrichstr. 2.

Gesamt-Parteitag der Socialdemokratie Oesterreichs.

Brünn, 24. September 1899.

Im festlich geschmückten Saale des „Arbeiterheims“ trat heute Vormittag 1/10 Uhr der Gesamt-Parteitag der Socialdemokratie Oesterreichs zusammen.

Staretz begrüßt die Delegierten im Namen der Gesamt-Exekutive. Dieser Parteitag sei der erste, der als Gesamt-Parteitag nach nationalen Exekutiven geordnet zusammengetreten. Während Oesterreich durch nationale und chauvinistische Exzesse zerrüttet werde, hat die Socialdemokratie diese Streitigkeiten mit Erfolg zurückgewiesen. Hier in Brünn haben czechische und deutsche Arbeiter ohne Unterschied der Nationalität im gewaltigen Legilarbeiterstreik gegen das internationale Kapital gekämpft. (Bravo!)

Auf Vorschlag Staretz werden als Präsidenten gewählt: Popp, Wien, Kemej, Prag, Englisch-Kraus, Germ-Trach, Hankevicz-Kemberg (Nuthener) und Kristan-Libach (Slovenen). Alle Nationalitäten Oesterreichs (Deutsche, Czechen, Polen, Italiener, Ruthenen und Slowenen) sind also in der Leitung des Parteitages vertreten.

Popp-Wien übernimmt den Vorsitz und weist darauf hin, daß dieser österreichische Parteitag der erste sei, der in eigenem Hause tagt. (Bravo!) Die Brünnener Genossen haben hier für die Partei ein eigenes Heim geschaffen.

Hierauf wird eine achtgliedrige Mandats-Prüfungskommission gewählt, in der alle Nationalitäten vertreten sind.

Die Tagesordnung wird wie folgt festgesetzt:

- 1. Berichte: a) der Gesamtpartei; Referent: Staretz. b) der nationalen Exekutiven. 2. Politische Lage und Taktik. Referent: Dr. Adler. 3. Organisation der Gesamtpartei. Referent: Josef Krapka. 4. Die internationale Socialdemokratie und der Nationalitätenstreit in Oesterreich. Referent: Josef Seliger. 5. Wahl einer Kommission zur Revision des Parteiprogramms. Referent: Dr. Wilhelm Ellenbogen. 6. Arbeiterschutz. Referent: Josef Haunich. 7. Konsumvereine. Referenten: Dr. Adler und Schummeier. 8. Frauenbewegung. Referentin Adelheid Popp. 9. Verschiedenes.

Die Geschäftsordnung wird debattelos genehmigt. Verhandelt soll täglich von 9—12 und von 2—6 Uhr werden.

Begrüßungen.

Popp begrüßt nunmehr die Gäste des Parteitages, Genosse Frohme, der die deutsche, und Genosse Baron, der die ungarländische Socialdemokratie vertritt.

Frohme: Im Namen der deutschen socialdemokratischen Partei habe ich Ihnen die herzlichsten Grüße zu überbringen. Ich bin hierhergekommen, damit auf neue der Beweis geliefert werde, daß die deutsche Socialdemokratie mit Ihnen einig ist im Geiste und im Streben. Wir kennen keine und trennenden Unterschiede. (Bravo.) Wir wissen den schweren Kampf zu würdigen, den Sie seit geraumer Zeit für die Sache des österreichischen Volkes führen. Wir stolz und Freude blickt die deutsche Socialdemokratie auf die österreichische Bruderpartei. Ohne kostlose Schritte zu thun, haben Sie doch mit stählerner Energie den Kampf gegen die Reaktion aufgenommen. Wer weiß, welche Ueberwindungen, welche neue schweren Kämpfe Ihnen die nächste Zukunft bringen wird. Aber Sie fürchten den Kampf nicht, er ist Ihr Lebenselement und unter dem Banner des demokratischen Socialismus werden Sie stehen! (Lebhafter Beifall.)

Baron-Budapest: Sämtliche bürgerliche Parteien Ungarns wetteifern darin, den Haß der Ungarn gegen Oesterreich zu schüren. Sie wollen dem Volke einreden, an seinem Elend und seiner Unterdrückung sei Oesterreich schuld. Wir suchen diesem Glauben ein Ende zu machen: wir wissen, daß das österreichische Volk ebenso ausgebeutet ist, wie wir. — Der jetzige Ministerpräsident Koloman Szell ist ein Scheinliberaler. Die Debatte, mit der er die Regierung antrat, Gesetz, Recht und Gerechtigkeit an Stelle der banfälligen Gewaltthat und Willkür zu setzen, war eine leere Phrase. Sie früher herrschen Unrecht und Ungleichheit. Das muß vor Europa gesagt werden. Ungarn fürchtet die Meinung Europas; es will ein Kulturvolk sein, oder es wenigstens nach außen hin scheinen. Darum möge die europäische Presse den ungarischen Arbeitern zu Hilfe kommen. (Beifall.)

Ramens der deutschen und der czechischen Parteioorganisation von Brünn heißen Dr. Czech und Habermann den Parteitag willkommen. Sie danken hierbei in herzlichsten Worten für die Unterstützung, die die österreichische, deutsche und englische Arbeiterbewegung den 12.000 streikenden Brünnener Legilarbeitern und Arbeiterinnen gewährt hätte. Wenn ein so glänzender Sieg über das Kapital errungen worden sei, so sei es neben der vorzüglichen Organisation dieser Unterstützung zu danken. Die Brünnener Arbeiter würden diese Unterstützung nie vergessen und ihre Dankbarkeit durch die That beweisen.

Abg. Hrbes, der Brünn im Reichsrat vertritt, schließt sich diesem Danke namens der organisierten Legilarbeiter an. Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

1. Berichterstattung.

Staretz-Wien erstattet Bericht im Namen der Gesamtpartei. Das wichtigste Werk des Wiener Parteitages zu Pfingsten 1897 war der Ausbau der Organisation. Die alte Form einer einzigen Centralorganisation, in der die nationalen Sektionen nur andeutungsweise zur Geltung kamen, wurde in dem Maße unmöglich, als neben dem deutschen auch das czechische und polnische Proletariat zum Massenbewußtsein und zur organisatorischen Selbstständigkeit herangewachsen war. Die neue Organisation hat ihre Feuerprobe bestanden. Mitten im Toben des Chauvinismus ist die österreichische Socialdemokratie aller Jüngern einig und geschlossen geblieben; niemals war sie mit gleicher Schlagkraft ausgerüstet und ihrer taktischen Aufgaben so gewachsen, wie jetzt, seitdem die neue Organisation dem Proletariat jeder einzelnen Nation seine volle organisatorische Selbstständigkeit verleiht. Die in Wien, dem Sitze der Gesamtpartei-Vertretung, anwesenden Mitglieder der nationalen Exekutivausschüsse traten in der Regel jeden Monat einmal, im Bedarfsfalle auch öfter, zur Beratung gemeinsamer Angelegenheiten zusammen. Die ständige Fühlung mit der Fraktion wurde dadurch hergestellt, daß dazu delegierte Mitglieder der Exekutive den Sitzungen des Verbandes regelmäßig beiwohnten. Bei allen diesen Arbeiten der Gesamt-Exekutive war niemals auch nur entfernt von der Majorisierung einer nationalen Gruppe die Rede; bisher wurden alle wichtigen Beschlüsse einstimmig gefaßt. Auch in der Durchführung der von der Gesamtpartei-Vertretung gefassten Beschlüsse durch die einzelnen nationalen Exekutivausschüsse herrschte bisher nicht die geringste Differenz die Einheitlichkeit der Aktion.

Zum Gesamtparteifonds steuerten die einzelnen nationalen Exekutiven nach ihrer Stärke bei. Es versteht sich von selbst, daß die alten und großen deutschen und czechischen Organisationen die Hauptlast tragen und daß insbesondere die Slovenen und Italiener, sowie die Organisationen Galiziens, die nicht nur das ärmste Proletariat umfassen, sondern auch unter furchtbaren Verfolgungen zu leiden haben (unter dem galizischen Ausnahmezustand 24 Jahre Kerker), soweit die beschriebenen Mittel reichten, unterstützt wurden. Ebenso wurden der ungarischen und kroatischen Socialdemokratie Mittel bewilligt.

Der Fortschritt der Partei tritt am deutlichsten in der steigenden Auflage der Parteipresse hervor. Wenn alle Parteiblätter in deutscher Sprache an einem Tage erscheinen würden, würden sie eine Auflagehöhe von 240.000 Exemplaren repräsentieren, während die czechischen Blätter unter gleichen Bedingungen eine Auflagehöhe von 144.000 Exemplaren erreichen würden. (Beifall.)

Den Kassenbericht erstattet Dr. Ellenbogen. Danach betragen die Gesamteinnahmen bis 31. August 1898 fl. 74 kr., die Ausgaben 6324 fl. 50 kr., so daß eine Mehrausgabe von 237 fl. 76 kr. entstanden ist.

Höger-Wien fragt unter offizieller Heiterkeit an, wie es denn mit der Jahreseinnahme von 156 Millionen Gulden stehe, die die Partei nach den Berechnungen des christlich-socialen „Deutschen Volksblattes“ hat.

Ellenbogen erwidert, er sei, nach den Forschungen dieses Blattes, belamüht auch Kompanon Rothschilds und Westler eines Kaufes in der Ringstraße. (Große Heiterkeit.) Wären die Angaben wahr, dann wäre die Zeit für das „Deutsche Volksblatt“ vorbei und es würde keine Leser mehr für seine Lügen finden.

Den dritten Bericht erstattet

Abg. Rieger über die Thätigkeit des socialdemokratischen Verbandes im österreichischen Abgeordnetenhaus. Das Parlament war in dieser Zeit vollkommen arbeits- und aktionsunfähig, das geht schon aus der Zahl der Sitzungen seit dem Herbst 1897 hervor. In diesem Zeitraum haben nur 94 Sitzungen stattgefunden, von denen 11 reine Abstimmungsitzungen waren und 83 der Verhandlung von Ministeranträgen, Notstandsanträgen usw. gewidmet waren. Wohl war die Stellung der Fraktion in dem zerklüfteten Parlament außerordentlich schwierig, wir glauben aber unsere Schuldigkeit in vollem Umfange gethan zu haben. (Beifall.) Redner bespricht die parlamentarischen Vorgänge und den Anteil, den die socialdemokratische Fraktion daran genommen hat und erörtert zum Schluß die Frage, „was nun kommen würde?“ Es heißt, es solle jetzt gegen die Czechen regiert werden. Was aber auch verübt wird, jedenfalls kann dies Parlament nur noch für sehr kurze Zeit zusammengeleimt werden. Es kann nur noch zu einem Scheinleben erweckt werden. Es wird nichts anderes übrig bleiben, als an Stelle des verfaulenden Parlaments zur ehrlichen Demokratie zu greifen. In ihr muß man kommen; wenn dieser Staat nicht elend zu Grunde gehen soll! (Bravo.)

Hierauf entbietet Abg. Cabrini dem Parteitage im Auftrage der italienischen Partei seinen Gruß. Cabrini, der zu drei Jahren Kerker und drei Jahren Zwangsdomizil verurteilt ist und sich in der Schweiz aufhält, erinnert an die italienische Reaktion. Der § 14 sei kein Privilegium für Oesterreich. Auch in Italien herrscht die schärfste Reaktion. Der Parlamentarismus ist lahm gelegt und die Soldateska setzt sich mit grenzenloser Verachtung über Recht und Verfassung hinweg. Auch in Bezug auf die nationale Frage herrscht mancher Analogie zwischen Italien und Oesterreich. Der Kampf gegen den vom Rom ausgehenden Centralismus ist entbrannt, ein gesunder Föderalismus ist auch das Ziel des italienischen Socialismus. Nur die Arbeiterklasse kann die nationale Frage lösen. Auf dem Spielberge hielt die österreichische Regierung einst die italienischen Revolutionäre wie Silvio Pellico eingekerkert. Jetzt sperrt die italienische Reaktion die italienischen Freiheitskämpfer in italienische Gefängnisse ein. Trotz aller Unterdrückungen aber geht es vorwärts. (Stürmischer Beifall.)

Nunmehr erfolgen die Berichte der nationalen Exekutiven, die überall starke Fortschritte der proletarischen Bewegung melden.

Eine Diskussion findet nicht statt. Der Parteivertretung wird einstimmig Decharge erteilt.

Nunmehr schreitet der Parteitag zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Politische Lage und Taktik.

Referent ist Dr. Victor Adler: Wir wären heute in einer schwierigen Lage, wenn unsere Haltung abhängig wäre von den augenblicklichen Ereignissen des politischen Lebens. Wäre dies der Fall, so müßte dieser Punkt heute von der Tagesordnung abgesetzt und bis zum Ende der Woche verschoben werden. Wir sind in einem Moment zusammengetreten, wo die vollständige Nationalität der offiziellen Kreise und der Bankrott jener Politik offenkundig geworden sind, unter der wir seit mehreren Jahren leiden. Wir treten in einem Moment zusammen, wo die unmittelbare politische Zukunft des Landes ein Fragezeichen ist. Die socialdemokratische Partei empfängt aber ihre Lösungen nicht vom Tage. Die in Oesterreich herrschenden Parteien kämpfen um darum, wie man Oesterreich einseitig regieren und Vorteile für die eigene Partei herauszuschlagen kann. Sie interessiert die Frage, ob die alte Majorität bestehen bleibt oder ob darin an Stelle des czechischen das deutsche Element treten, oder ob ein Beamtenministerium kommen soll. Die Idee, daß die deutsche und czechische Bourgeoisie zusammen das Land regieren sollen, wird gar nicht erörtert, weil sich unser Bürgertum noch gar nicht von dem Gedanken der Herrschaft eines Volkes über das andere emanzipiert hat. Die tiefe Spaltung, die seit den letzten Jahren zwischen den bürgerlichen Parteien der Deutschen und Czechen besteht, macht es unmöglich, daß wir zu einem geregelten parlamentarischen Leben gelangen. Wenn die Völker Oesterreichs heute noch einen gemeinsamen Gedanken haben, so ist es der, daß sie dies Oesterreich nicht wollen. Die gegenwärtige Krise soll nicht zu einem faulen Frieden führen; es darf nicht zusammengeleimt werden, was nicht zusammenzuleimen ist. Was fürzt, muß fallen, und wir wollen stoßen, daß es falle. (Lebhafter Beifall.) Daneben haben wir die, wenn man so will, konservativere Aufgabe, die Kulturfähigkeit der Völker Oesterreichs zu heben und sie nicht verkommen zu lassen. Hat man und deshalb doch — ein famoser Witz der Geschichte — uns, die „Umstürzler“, kaiserlich-königliche Socialdemokraten genannt. Redner skizziert nun die Taktik der Socialdemokratie in den letzten zwei Jahren besonders den Sprachenverordnungen gegenüber. Es heißt nun, daß die Sprachenverordnungen aufgehoben werden und daß man hierfür nach einer Form suche, unter der es auch die Jungczechen schaden können. Unter dem Vorwand nationaler Ermahnungen, in Wirklichkeit aus Ehrgeiz, Herrschsucht und Strebererei haben die Jungczechen dem alten Oesterreich alles geopfert. Fallen die Sprachenverordnungen, dies Freigenuß, das ihre Verräterei an der Freiheit deden sollte, fort, dann stellt sich offenkundig heraus, daß sie sich umsonst prostituiert haben. (Lebhafter Beifall.)

Heute handelt es sich nicht mehr um die Sprachenverordnungen, sondern um eine Machfrage zwischen den Deutschen und den Czechen, um die Frage, wer von beiden im Bunde mit den Clerikalen und Polen in Oesterreich herrschen soll.

In dieser Zeit des hochgehenden nationalen Kampfes hat die österreichische Socialdemokratie ihre Feuerprobe bestanden; sie hat gezeigt, daß sie im Stande war, den Gesamtinteressen aller Nationen zu dienen und die Interessen jedes Einzelnen zu wahren.

Redner wirft nun einen Blick auf das eben gestürzte Ministerium Thun. Es war mit geschickten Leuten besetzt, aber es stand vor der unmöglichen Aufgabe, den Ausgleich mit Ungarn auf parlamentarische legale Weise fertig zu stellen. Am Ausgleich sind gewiß auch die Arbeiter interessiert; unsere Industriearbeiter haben ebensoviele wie die ungarischen Landarbeiter ein Interesse daran, daß zwischen Oesterreich und Ungarn Zollschranken errichtet werden. Aber daraus folgt noch nicht, daß man Oesterreich dem ungarischen Grundadel gebunden ausliefern mußte, das ist jedoch durch den Ausgleich, wie er gemacht wurde, geschehen zum Schaden Oesterreichs und der österreichischen Arbeiterkraft. Es war ein Fehler der bürgerlichen Opposition, daß sie mit der Obstruktion in dem Momente wieder einsetzte, wo die Majorität entweder gegen den Ausgleich hätte stimmen oder in denselben ihr Grab hätte finden müssen. Nun wurde der Ausgleich mit dem § 14 gemacht.

Man hätte den ganzen Ausgleich oestrohieren können, außer der Socialdemokratie hätte sich wenig in Oesterreich gerührt. Die Waffe

des Volkes aufzuführen, bedurfte es der staatsmännischen Einsicht des Finanzministers Raizl, der offenbar aus alter demokratischer Ueberzeugung (Große Heiterkeit) der Volksmasse an ihrem eigenen Leibe zeigen wollte, was so ein Verfassungsbruch bedeutet. Er that es durch den Erlass der Zuckersteuer auf Grund des § 14. Wenn die ganzen Verfassungswirren der breiten Masse des Volkes fremd bleiben, die Zuckersteuer ist verstanden worden. Dafür sind wir dem Demokraten Raizl dankbar. (Große Heiterkeit und Beifall.)

Wir haben den Kampf mit aller uns zu Gebote stehenden Schärfe geführt. Es giebt manche unter uns, denen die Partei das eine Mal zu schlaffig, das andere Mal zu aufgeregt war. Heute existiert das Ministerium Thun nicht mehr. Ich glaube, daß das selbst jene befriedigen wird, denen die Partei zu lau vorgegangen ist.

Wie es eben heißt, soll jetzt eine Kombination Alfred Wickenstein oben auf sein; er soll ein clerikal-czechisches Ministerium bilden wollen und die Jungczechen sollen sich mit der Aufhebung der Sprachenverordnungen einverstanden erklären. Unter allen Umständen soll die kommende Regierung eine clerikale Farbe haben. Die Nationen Oesterreichs mögen schwer unter einem Diktator zu bringen sein; unter den Jesuitenhüt sind sie aber sicherlich nicht zu bringen! (Bravo!) Wären die Politiker jeder bürgerlichen Partei an die Schwärzen ihre politische Seele verkaufen, die Arbeiter werden es nicht thun! (Bravo!) Wenn man glaubt, mit einem clerikalen Ministerium Ordnung in Oesterreich schaffen zu können, dann irr man sich. Jeden Versuch, zu beschleichen, jedem Versuch, den Scheinparlamentarismus wieder in Gang zu setzen, werden wir entgegenzutreten, nicht durch mechanische Obstruktion, sondern durch den Appell an alle lebendigen Kräfte im Volke. Das Ministerium ist nicht unsere wichtigste Aufgabe. Auf einen Minister kommt ein anderer. (Heiterkeit.) Eine Regierung aber, die das Kulturniveau zurückschauend will, muß von uns mit noch größerer Schärfe bekämpft werden, als jede andere.

Auf die allgemeinen Andeutungen unserer Taktik muß ich mich in diesem Augenblick beschränken. Die Taktik, die wir bisher verfolgt haben, werden wir auch in Zukunft verfolgen. Die Socialdemokratie kennt keine anderen Interessen, als die Interessen der Arbeiterklasse. Die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen des Proletariats sind aber für alle Nationen dieselben, deshalb können wir in diesem zerrissenen Lande einheitliche, socialdemokratische Politik machen! (Langanhaltender Beifall.)

An das Referat knüpfte sich eine lebhafte Debatte.

Dr. Morgenstern (Steinberg in Deutsch-Wäldern) hätte eine viel schärfere Bekämpfung des Ministeriums Thun während der zwei Jahre ununterbrochenen Verfassungsbruches gewünscht. Die Steuererweiterung hätte proklamiert werden sollen durch die Abgeordneten, die dies Signal gefaßt haben konnten. Das Flugblatt, das herausgegeben und in Millionen verbreitet worden sei, habe in seiner lächerlichen Sachlosigkeit nicht die Sprache des Volkes gesprochen und sei der Opfer, die es gekostet, nicht wert gewesen.

Auch Reichsrats-Abgeordneter Werner vertritt einen ähnlichen Standpunkt. Er wolle es wagen, ein Reyer zu sein. Die Taktik des Zurücknehmens, des „Gewehr bei Fuß“ müsse aufgegeben und der Kampf in Feindesland getragen werden. Die Protestbewegung gegen die Erhöhung der indirekten Steuern sei viel zu spät begonnen worden. Auch werde der nationale Streit viel zu sehr in den Vordergrund gedrängt, während doch der Arbeiterhaß die wirtschaftlichen Fragen viel näher gingen. Die Partei müsse den demokratischen Standpunkt in erster Linie herbeiführen und den Kampf um das Wahlrecht wieder aufnehmen.

Abg. Dazghuski: Wenn wir die Bedingungen für unsere Taktik und Agitation zu diffieren hätten, dann hätten wir die Bourgeoisie längst ausgefressen. (Heiterkeit und Beifall.) Diese Bedingungen werden uns aber gegeben und wir müssen nach ihnen unsere Taktik nähern und auch einrichten. Wir sind eine Reyerpartei, ein Reyer in der Socialdemokratie ist also gewissermaßen ein potenziertes Socialdemokrat. (Heiterkeit.) Die Partei ist kein Augenblick von ihren demokratischen Forderungen abgewichen. Die czechischen Genossen waren gezwungen, die nationale Frage auf zu bringen, um den Volksterror der Jungczechen zu entlarven. (Bravo!) Die Wahlrechtskämpfe haben nicht aufgehört. Freilich fehlt die Atmosphäre von 1893. Aber künstlich läßt sich eine große Volksbewegung nicht hervorufen. (Bravo!)

Die Weiterberatung wird hierauf auf Montag vertagt.

Versammlungen.

Zur Lohnbewegung der Payer. Die die Lohnkommission in der gestrigen, stark besuchten Versammlung, die in den „Arbeiterhallen“ tagte, berichten konnte, nimmt die Lohnbewegung einen recht günstigen Verlauf. Seit der letzten Versammlung sind eine Anzahl Neubewilligungen zu verzeichnen. Insgesamt haben bisher 75 Unternehmer, darunter 20 Mitglieder des Bundes der Bau-, Maurer- und Zimmermeister, die Forderungen unterschrieben anerkannt. Verschiedene Unternehmer, die dem Bunde angehören, versuchen immer noch auf Umwegen, indem sie angeblich die Arbeit an den Payer oder andere Personen, welche die neuen Bedingungen bewilligen sollen, vergeben, die bringende Arbeit fertiggestellt zu bekommen. Die vorgenommene Baukontrolle hat ergeben, daß außer den Bauten, auf welchen gegenwärtig etwa 600 Payer zu den neuen Bedingungen arbeiten, 21 Bauten vorhanden sind, auf welchen die Payerarbeit bereits in der vorigen Woche begonnen werden mußte. Innerhalb 14 Tagen werden ca. 50 Bauten hinzukommen, bei welchen die Payerarbeit ihren Anfang nehmen muß, wenn die Unternehmer bedeutende Nachteile vermeiden wollen. Wohl aber übel werden sich die Unternehmer dazu bequemen müssen, trotzdem sie einen entgegengesetzten Beschluß gefaßt haben, die aufgestellten Forderungen zu bewilligen, besonders dann, wenn die Payer so einheitlich wie bisher vorgehen. Die Zahl der „Arbeitswilligen“ aus den Reihen der Payer ist auf 78 gestiegen. Andererseits haben sich allerdings Brauer gefunden, die den Ausständigen in den Räden gefallen sind und jetzt Payerarbeit verrichten. Aber auch diese Zahl ist so minimal, daß sie für die Bewegung ohne Einfluß ist. Auf Grund des gesamten Resultats kann die Situation als eine sehr gute bezeichnet werden und berechtigt zu der Erwartung, daß die Lohnbewegung mit einem vollen Siege der Payer enden wird. Darüber scheint auch bei den Unternehmern kein Zweifel mehr zu sein, denn verschiedene, die zwar noch nicht bewilligt haben, wünschen jetzt, daß Verhandlungen angebahnt werden, damit sie aus dieser Kalamität, in die sie durch die Beschlüsse des Unternehmerbundes geraten sind, wieder herauskommen. Nach einer längeren Diskussion, in der sich alle Redner in diesem Sinne äußerten und der Meinung Ausdruck gaben, daß in den nächsten Wochen die neuen Arbeitsbedingungen überall durchgeführt sein werden, wurde bekannt gegeben, daß am Mittwoch eine Delegierten-Sitzung stattfindet, in der jeder Bau vertreten sein muß. Am Donnerstag erfolgt wieder die Auszahlung der Streikunterstützung im Centralbureau Rosenfalkenstr. 67. Außerdem wurde zur strengen Ausübung der Baukontrolle aufgefordert und darauf hingewiesen, daß jeder zu den neuen Bedingungen arbeitende Payer verpflichtet ist, pro Tag eine Mark an den Streikfonds abzuführen.

Die Cementierer und Bernfänger hielten am Mittwoch, den 20. September, bei Buske, Grenadierstraße, eine öffentliche Versammlung ab. Redacteur Pörsch sprach über Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation. Die Anwesenden folgten dem interessanten Vortrag mit dem größten Interesse und erteilte Redner lebhaften Beifall. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen. Zum Vertreten des „Grundstein“ wurden Weber, Rheinberger, 68, Rämmler, Konradstr. 6 und Marred, Demenwischstraße 19, gewählt. Marred stellte den Antrag, zur nächsten Versammlung Wahlen von Bezirks-Zahlstellen vorzunehmen.

